

> Politik

**Was uns
die Koalition
bringt**

> Wirtschaft

**Alte Tradition
wird neu
belebt**

> Unternehmer

**Die Kunst
der freien
Rede**

**Mittelstand
enttäuscht vom
Koalitionsvertrag**



Glückwunsch, Frau Bundeskanzlerin!

EDITORIAL

„Wer allerdings die These bejaht, dass die Bürger eines Landes nur die Vollzugsorgane staatlichen Willens zu sein haben und somit der Staat mehr oder minder allein die Zukunft eines Landes oder Volkes bestimmt, wird für das innerste Wesen einer freien Marktwirtschaft kaum noch Verständnis aufbringen können.“

Ludwig Erhard, 1969

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

in diesem Satz Ludwig Erhards aus dem Jahre 1969, damals geschrieben mit Blick auf eine dreijährige Koalition aus Union und SPD, bündelt sich unsere Kritik am jetzigen Koalitionsvertrag wie in einem Brennglas.

Der am 18. November unterschriebene Vertrag setzt die Sanierung der Haushalte vor die Reformen. Diese Reihenfolge ist falsch, weil nach unserer festen Überzeugung entschlossene Reformen am Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und bei Steuern und Finanzen die Wirtschaft belebt und mittelfristig genügend Spielraum zur Sanierung der Staatsfinanzen geschaffen hätten. So aber geht man den Weg des geringsten Widerstandes, saniert über die Einnahmen- statt über die Ausgabenseite und mindert dadurch den Handlungsdruck. Einer Entlastung der Wirtschaft um 15 Mrd. Euro stehen Steuererhöhungen von 100 Mrd. Euro gegenüber. Das hatten wir uns etwas anders vorgestellt!

Die MIT hat ihre Kritik an den Webfehlern des Regierungsvertrages während und nach den Koalitionsverhandlungen deutlich artikuliert und mit ihrem Unmut nicht hinter dem Berg gehalten. Sie mündete



MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann

in einem Beschluss des erweiterten Bundesvorstandes am 28.11.2005 (siehe Seite 34).

Diese unsere Kritik am Koalitionsvertrag war richtig, die Entscheidung der Union, in die große Koalition einzutreten, war es aber auch. Denn alle anderen gangbaren Lösungen wären die schlechteren gewesen – für Deutschland und für den Mittelstand. Wir wollen nicht übersehen, dass CDU und CSU die Wahl verloren haben und es zum erstenmal im Deutschen Bundestag mit 51,1 % der Stimmen eine absolute Mehrheit links von der Union gibt. Der Koalitionsvertrag ist nichts anderes als ein Kompendium dessen, was augenblicklich bundespolitisch möglich ist. Mehr geht zur Zeit nicht. Wohlgermerkt: zur Zeit. Dies bedeutet also keinen Stillstand, sondern ein beharrliches Arbeiten an den wichtigsten Reformvorhaben.

Diese Chance möchte der Mittelstand der Führung der Unionsparteien nicht versagen, denn die tiefgreifenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen sowie im Finanz- und Steuerbereich müssen wir gemeinsam lösen. Es geht nicht um Kanzlerschaft und Machtausübung, es geht auch nicht um Posten und Personen, sondern wir sind dem Ganzen und unseren Mitgliedern verpflichtet. Zwei Drittel von ihnen hegen sicherlich große Sympathien für die Union, gehören aber weder der CDU noch der CSU als Mitglied an.

Deshalb gilt: Wer, wenn nicht wir, die MIT, kann glaubwürdiger mit dem Anspruch auf Reformen in Deutschland auftreten – als Gralshüter der sozialen Marktwirtschaft? Mit den „Kölner Leitsätzen“ verfügen wir über ein Programm, das wirtschaftsliberale, soziale und bürgerlich-konservative Ansätze miteinander vereinigt und das den Staat auf seine Kernaufgaben beschränken möchte. Auch im Sinne der MIT-Mitglieder, die keiner der Unionsparteien angehören, sehen wir uns in der Verantwortung, unsere Reformvorstellungen in der Partei durchzusetzen. Schließlich gelten auch die Beschlüsse des Leipziger Parteitages uneingeschränkt weiter.

Die Chancen dafür stehen gut, denn zum erstenmal seit Ludwig Erhard stellt die Union mit unserem Mitglied Michael Glos wieder den Wirtschaftsminister. Ihm zur Seite steht mit Hartmut Schauerte, unserem stellvertretenden Bundesvorsitzenden, ein Parlamentarischer Staatssekretär, der natürlich die drängenden Probleme des Mittelstandes aus seiner täglichen Arbeit bestens kennt und auch beurteilen kann. Mit Ursula von der Leyen und Franz-Josef Jung gehören zwei weitere Bundesminister der MIT an. Mehr als drei Dutzend MIT-Mitglieder zählen zum Führungspersonal der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion, des Bundestages sowie der CDU und CSU. Trotz allen Bauchgrimmens über das zwischen Union und SPD Vereinbarte sind wir daher zuversichtlich, die bisher ausgebliebenen Reformen doch noch anschieben und den Linksruck in der deutschen Politik verhindern zu können.



6 20



24



POLITIK

5 Kolumne

Monika Hofmann schreibt aus anderer Sicht

Titel

6 Koalitionsvertrag Licht und Schatten

12 Die wichtigsten Vereinbarungen im Überblick

WIRTSCHAFT

16 Private Vorsorge

Die Rente etwas aufbessern

19 Aktuelle Urteile

20 Alte Handwerkstradition

Gesellen wieder auf der Walz

25 Buchbesprechungen

UNTERNEHMEN

17 Messepräsentation

Wo sich eine Beteiligung lohnt

24 Die Kunst der freien Rede

Wie man's richtig macht

28 Informationstechnologie

Freie Software

MIT-INSIDE

29 Mittelstandspolitik

30 MIT-Inside

33 Namen sind Nachrichten

34 Baustelle Berlin

*Liebe Leserinnen und Leser,
Herausgeber und Redaktion wünschen Ihnen ein
frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch
und ein erfolgreiches Jahr 2006*

IMPRESSUM

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin,

Redaktion:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Charitéstraße 5, 10117 Berlin, E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de www.mittelstand-deutschland.de

Redaktionsbeirat:

Hartmut Schauerte, MdB, (Vorsitzender), Berthold Jost, Andreas A. Sobotta, Harald Weith, Roger Zörb

Chefredakteur:

Günter F. Kohl (G.K.)
Telefon: 0 30/25 93 31 91,
Telefax: 29 35 14 18
E-Mail: kohl@mittelstand-deutschland.de

Parlamentsredaktion:

Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon und Telefax: 0 30/75 70 91 70
E-Mail: schulte@mittelstand-deutschland.de

Politikredaktion:

Petra Kleining (pk)
Telefon: 0 30/22 07 98-17, Telefax: 22 07 98-19
E-Mail: kleining@mittelstand-deutschland.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Michael Gneuss (mg), Reinhard Myritz (my), Horst Wardenbach (hw), Christa Wolf (cw)

Anzeigen:

Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH
Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin
Tel.: 0 22 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Anzeigenverkauf:

Verlagsvertretungen
Nielsen 1, 2, 5, 6, 7:
Klaus Getz, Medienvertretung
Tel.: 0 22 05/8 61 79, Fax: 0 22 05/8 56 09
Nielsen 3a, 3b, 4:
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Tel.: 0 62 61/92 34-0, Fax: 0 62 61/92 34-20
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. 1. 2005

Herstellung:

SZ Druck
Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin
Tel.: 0 22 41/91 33-0, Fax: 0 22 41/91 33 33

Bezugsbedingungen:

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer. Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz. ISSN 0932-3325

© für alle Beiträge bei der Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke und Zitate nur mit vollständiger Quellenangabe.

Die Zeitschrift ist der „Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern“ (ivw) angeschlossen.

Reformen mit doppelter Kraft vorantreiben

Sie stolpert und taumelt – statt forschen Schrittes die Probleme dieses Landes anzugehen: Die große Koalition wankt an den Start, erschöpft, schon bevor der Marathon beginnt. Die SPD zerfleischt sich in Grabenkriegen, die Union taumelt im Personalkarussell, die inhaltliche Debatte droht im Kampf um die Köpfe unterzugehen. Kein Wunder, dass die meisten Mittelständler der großen Koalition wenig zutrauen. Mehr als 80 Prozent der Firmenchefs in der Industrie rechnen mit keinen spürbaren Verbesserungen der politischen Rahmenbedingungen, ergab eine Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm). Nur einige wenige Unternehmer werden nicht müde, darauf hinzuweisen, welche riesige Chance, welche historische Chance sogar, die große Koalition für Deutschland bietet. Sie mahnen zu Recht. Denn beide Parteien haben jetzt die seltene Option, Blockaden zu lösen und mit doppelter Kraft die Reformen voranzutreiben.

Wenn sich die Koalition stabilisiert und auf die wichtigsten Politikfelder konzentriert, kann sie es tatsächlich schaffen, Deutschland wieder voranzubringen. Zuerst aber müssen die Politiker beider Couleur begreifen, dass es der Mittelstand ist, der die Wirtschaft hierzulande antreibt. Und was er braucht, sind Reformen, die Steuern und Lohnkosten verringern sowie Vorschriften vor allem im Tarif- und Arbeitsrecht abbauen. Nur wenn die Koalitionäre große Schritte unternehmen hin zu einem weniger regulierten Land mit niedrigen Steuern und Abgaben, werden Unternehmer neue Arbeitsplätze schaffen. Die Schere zwischen Brutto und Netto muss sich zumindest ein Stück weit schließen. Zum einen sollten daher die Lohnnebenkosten deutlich sinken, indem die So-

zialversicherungen von Grund auf umgestaltet und modernisiert werden. Zum anderen brauchen wir ein überschaubares Steuersystem mit niedrigeren Sätzen. Ideen dazu gibt es in Unionskreisen genug, sogar die SPD bietet einige Ansatzpunkte. Jetzt ist es höchste Zeit, dass beide Parteien ihre Berührungspunkte finden, gemeinsame Konzepte entwerfen und sie rasch, aber mit Sorgfalt umsetzen. Der Vorschlag der Fünf Weisen zum dualen Steuersystem könnte den Weg zu einem Kompromiss weisen. Weitere wichtige Baustellen sind der Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Das Ziel aller Reformen: Ein Deutschland, das genug Freiraum bietet für flexible und innovative Lösungen, weil es sein Gesetzesdickicht zurückgeschnitten hat. Ein Land, in dem sich das Arbeiten lohnt und in dem sich das Schaffen von Arbeitsplätzen lohnt. Ein Land, das ausländische Unternehmen anzieht und einheimische Firmen hält.

Von diesem Ziel scheint die Koalition allerdings noch weit entfernt. Gewiss ist Sparen angesichts des katastrophalen Staatsdefizits eine edle Disziplin.

Wenn aber die Politiker das Stopfen von Etatlöchern zum Hauptzweck erheben, nehmen sie sich selbst jede Gestaltungsfreiheit. Sie verlieren sich in Zahlenspielen und dabei die Ziele aus den Augen. Läuft der neue gemeinsame politische Kurs nur auf Streichlisten und höhere Steuern hinaus, würde das der Wirtschaft schaden. Besonders dann, wenn diese zusätzlichen Einnahmen nicht in die Reform des Sozialversicherungssystems fließen. Zugleich vergeben die Koalitionäre damit die große Chance, die solche Reformen mit sich bringen: Nicht sofort, aber in einigen Jahren würde eine sinnvolle Modernisierung der Sozialversicherungen nicht nur die Ausgaben begrenzen, sondern wieder Geld in die Staatskasse spülen. Denn die Beitragseinnahmen stiegen, weil die Unternehmer aufgrund niedriger Lohnkosten wieder mehr Jobs schaffen würden. Wenn Angela Merkel als jene Kanzlerin in die deutsche Geschichte eingehen will, die nachhaltig dazu beigetragen haben wird, die Arbeitslosigkeit zu senken, sollte sie rasch einen Blick ins eigene Wahlprogramm werfen – und endlich durchstarten.

DIE AUTORIN



Die Münchener Journalistin **Monika Hofmann** ist Volkswirtin, Germanistin und seit vielen Jahren Autorin mit dem Spezialgebiet Mittelstand und Wirtschaftspolitik. Bevor sie vor zwei Jahren in die Selbstständigkeit wechselte, war sie viele Jahre für das Politikressort bei dem bundesweit erscheinenden Monatsmagazin „Markt und Mittelstand“ verantwortlich. Heute publiziert sie vor allem in deutschen Unternehmermagazinen. Darüber hinaus gibt sie Wirtschaftsbücher für Mittelständler heraus, zuletzt „So kommen Sie in die EU-Beitrittsländer“ im Münchener primeverlag. Ihr Arbeitsmotto: Mit Klarheit zur Wahrheit.



Am 18. November 2005, genau zwei Monate nach der Bundestagswahl, unterschrieben die Koalitionäre von CDU, CSU und SPD ihren Regierungsvertrag.

Licht und Schatten

Der Bundestag hat Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands gewählt, die zweite große Koalition hat ihr Programm ausverhandelt und die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. – Was hat sich Schwarz-Rot für die nächsten vier Jahre vorgenommen?

Von Karl-Sebastian Schulte

„SANIEREN, REFORMIEREN UND investieren.“ – So lautet der Dreiklang, mit dem die neuen Partner CDU, CSU und SPD ihr Programm für die nächsten vier Jahre umreißen. 143 Seiten umfasst der in hartem Ringen und wochenlangem Tauziehen entstandene Koalitionsvertrag. Beide Volksparteien mussten nach 36 Jahren politischer Gegnerschaft, einem nur um einen Prozentpunkt unterschiedlichen Wahlergebnis und fundamental divergierenden Wahlprogrammen für diese Einnigung Kröten schlucken, die vor dem Wahltag noch undenkbar schienen. Die höhere Mehrwertsteuer kommt genauso wie das spätere Renteneintrittsalter. Es wird weder eine Bürgerzwangsversicherung noch eine solidarische Gesundheitsprämie geben. Vorerst aber auch keinen Stufentarif im Einkommensteuerrecht und kein Antidiskriminierungsgesetz. Zwar kommt die „Reichensteuer“ aber

auch bessere Abschreibungsbedingungen mit einer Entlastungswirkung von 4,3 Mrd. Euro und eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um zwei Prozentpunkte ab 2007.

Riesendefizit schwere Belastung

Die rot-grüne Hinterlassenschaft einer stagnierenden Binnenkonjunktur und eines struktu-

rellen Defizits von Angst einflößenden 64 Mrd. Euro sind nicht nur eine vernichtende Abschlussbilanz der abgewählten Regierung. Sie sind zudem eine große Belastung für das neue Kabinett. Dass die von ähnlichen Haushaltsnöten geplagten, stets begehrtlichen Ministerpräsidenten mit am Verhandlungstisch saßen, hat die Sache nicht erleichtert und macht deutlich, wie dringend

KLEINE GROBE KOALITION

Große Koalition oder große Koalition – mal sieht man's so, mal so. Dabei ist, wie immer, der Griff zum Duden hilfreich beim Aufspüren der richtigen Schreibweise. Das Adjektiv „groß“ wird in diesem Fall klein geschrieben, was natürlich jene in ihrer Auffassung bestärkt, dass diese Koalition bisher nichts „Großes“ vollbracht hat. Folglich gibt es auch keine Gesetzliche Krankenversicherung und keine Gelbe Karte. Wohl aber Friedrich den Großen, den Heiligen Vater und den Indischen Ozean. Zwischen diesen Großen und jenen Kleinen liegen Welten. *G.K.*

Deutschland eine Föderalismusreform braucht, um unser politisches System zu entflechten und Berlin in Zukunft von Länderegoismen unabhängiger zu machen. Immerhin – diese gerade für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes oft unterschätzte Reformbaustelle soll jetzt konsequent angegangen werden.

BEGEISTERUNGSSTÜRME HAT dieses Programm im Lande wahrlich nicht ausgelöst. Der Aufschrei nahezu aller Lobbygruppen, von den Gewerkschaften über die Branchenvertreter bis hin zu den Arbeitgebern, lässt zumindest darauf schließen, dass die unausweichlichen Härten des zwingenden Sanierens gleich verteilt wurden. Und wer sich die Mühe macht,



Historisches Dokument: Der Vertrag über die zweite große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik ist unterschrieben

das Vertragswerk einmal von Anfang bis Ende zu lesen, wird gerade für den Mittelstand auch

Licht und nicht nur Schatten entdecken: Beim Bürokratieabbau wird endlich ernst gemacht,

die Unternehmensnachfolge im Erbschaftssteuerrecht wird erleichtert, Ich-AGs sollen abge-



"Leg dich beruhigt schlafen - hier bleibt alles wie es ist!"

Hoffen wir, dass es so schlimm nicht kommt und der Koalitionsvertrag nicht das letzte Wort, sondern lediglich eine Beschreibung dessen ist, was zur Zeit geht und was nicht.

schaft, die gesetzliche Unfallversicherung reformiert, die Höchstgrenze der Ist-Besteuerung im Westen verdoppelt, die Mittelstandsfinanzierung verbessert sowie Forschungs- und Technologiepolitik auf kleine und mittlere Unternehmen konzentriert werden.

Kein großer Wurf

Wer von der zweiten großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik den ganz großen Wurf erhofft hatte, wird tief enttäuscht sein. Allerdings wäre es naiv gewesen, einen solchen Kurs oder die lehrbuchgetreue Umsetzung ökonomischer Theorien ernsthaft zu erwarten. Die Wähler wurden am 18. September zu einem Richtungsentscheid aufgerufen und der in diesem Jahr so viel beschworene Souverän hat sich im Gesamtergebnis stattdessen für einen Kurs der gemäßigten Reformen und des Sowohl-als-Auch entschieden.

DER BEI diesem Wählermandat unausweichliche Pragmatismus gibt aber auch berechtigte Hoffnung auf positives Umdenken auf den vom vormaligen kleinen grünen Kabinettpartner vehement ideologisierten Feldern der Energie-, Umwelt- und Verbraucherpolitik, wo sich beide Koalitionäre nun eindeutig zu einer wirtschaftsfreundlichen Neuausrichtung zur Stärkung des Standortes entschieden haben.

DER KOALITIONSVERTRAG ist bei nüchterner Betrachtung eine Eröffnungsbilanz der Haushaltsnot und nicht mehr und nicht weniger als die Vermessung des derzeitigen Reformspielraums zwischen Union und SPD. Die neue Bundesregierung hat die Schaffung von Wachstum und Arbeit zu recht zum wichtigsten Ziel ihrer Politik erklärt. Um das zu erreichen, wird es jetzt darauf ankommen, dieses Vertragswerk mit Leben zu

erfüllen und die noch ungelösten, hinausgeschobenen oder ausgeklammerten Baustellen wie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beispielsweise durch betriebliche Bündnisse, den Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung oder eine wettbewerbsfähige Einkommen- und Unternehmensteuer anzupacken. Saniert werden soll ernsthaft. Investiert werden beachtliche 25 Mrd. Euro. Zu strukturellen Reformen ist die Sozialdemokratie bislang nur beim Föderalismus und ansatzweise bei der Rentenversicherung bereit.

Koalition der Möglichkeiten

Konrad Adenauer hat Politik als die Kunst des Möglichen beschrieben. Angela Merkel hat für eine Koalition der Möglichkeiten geworben. In den abgeschlossenen Verhandlungen war mehr als der nun vorliegende Kompromiss leider nicht möglich. Die geforderte deutlichere Handschrift der Union wird sich in der Kunst einer unionsgeführten Regierung zeigen, mehr möglich zu machen. Gelingt dies einer Politik, die sich durch 70 Prozent der zutiefst verunsicherten deutschen Bevölkerung legitimiert, nicht, droht mehr als eine fortgesetzte Wachstumskrise. Ökonomen gehen zu recht davon aus, dass Vertrauen der wichtigste Treibriemen für einen endlich höher tourenden Wirtschaftsmotor ist. Dieses Vertrauen und die dafür nötige Unterstützung nach Kräften hat die erste deutsche Bundeskanzlerin allemal verdient.

WEBTIPP

www.bundesregierung.de
www.cducsu.de/upload/koalitionsvertrag/index.htm

PRIVAT GEHT VOR STAAT

In den Diskussionen um den Koalitionsvertrag hat der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann immer wieder einige von ihm als „Webfehler“ bezeichnete entscheidende Schwächen hervorgehoben. Vor allem die Sanierung der Haushalte über Steuererhöhungen und andere Einnahmeverbesserungen statt über Einsparungen hielt und hält er für falsch. Es werde im Koalitionsvertrag zuviel von „fördern“, „anregen“ oder „ermöglichen“ und zu wenig von „Bürgern“ und „Unternehmen“ oder „Unternehmern“ gesprochen. Der Vertrag atme einen „interventionistischen Geist“ und basiere ordnungspolitisch auf einer falschen Ausgangslage.

Mit dieser grundsätzlichen Kritik steht Schlarmann nicht allein. Nahezu die gesamte Wirtschaftswissenschaft fordert seit langem, Staatsrückbau und die dringend nötige Entfaltung neuer wirtschaftlicher Kräfte zu ermöglichen. Auch Angela Merkel hat immer wieder davon gesprochen, dass Unternehmen keine Zäune brauchen, sondern allenfalls Wegweiser oder Leuchttürme.

Die Staatsquote von heute rund 47 Prozent lag zwar schon einmal höher, aber sie ist immer noch viel zu hoch. An folgende Fakten aus dem Wahlkampf sei erinnert: Von den über 82 Mio. Einwohnern unseres Landes sind nur 36 Mio. erwerbstätig. 46 Mio., das sind 56 %, leben dagegen von Transferleistungen. 60 % aller Menschen über 55 stehen nicht mehr im Erwerbsleben, 26 Mio. sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigte finanzieren die gesetzliche Krankenversicherung für rd. 70 Mio. Deutsche. 100 Junge erwirtschaften die Rente für 44 Rentner. 30 % des Bruttoinlandsprodukts geben wir für Sozialleistungen aus – damit sind wir international Spitze!

Haben wir nicht noch im Ohr, dass es im politischen Mainstream als gesichertes Erkenntnis galt, dass der Staat über seine Verhältnisse lebt und dringend abspecken müsse? War nicht sogar die Agenda 2010 der erste ernstzunehmende Schritt in diese Richtung? Klagen nicht die Unternehmen seit Jahren über ständig steigende Belastungen und schwindende Standortvorteile? Stimmt!

Nun aber lassen Formulierungen im Koalitionsvertrag wie „die Handlungsfähigkeit des Staates verbessern“ aufhören. An einer Staatsquote von 47 % gibt es nur in einer Hinsicht etwas zu „verbessern“: runter mit der Quote! Die Union wird darüber wachen müssen, dass im Verteilungskampf der private Sektor deutlich gestärkt wird.

So darf man wohl den Koalitionsvertrag nicht als das letzte Wort ansehen, sondern muss wohl darauf vertrauen, dass er einen Einstieg bedeutet. Einen Einstieg in eine pragmatische, ideologiefreie und vor allem arbeitsplatzschaffende Politik. Wenn in dieser Hinsicht bald Zeichen gesetzt und Erfolge sichtbar werden, dürfte die Kritik schnell verstummen – trotz der zweifellos vorhandenen Webfehler. *Günter Kohl*

MIT UND PKM IN BUNDESTAG, BUNDESREGIERUNG UND FRAKTION

Von den 226 Unionsabgeordneten gehören 123 (54 %) dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM) an. Folgende Mitglieder der MIT und des PKM haben seit dem Regierungswechsel Ämter in der Bundesregierung sowie in der Führung der Unions-Fraktion und im Deutschen Bundestag übernommen:

Michael Glos, MdB
Bundesminister
für Wirtschaft und
Technologie



Dr. Gerd Müller, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Ernährung,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz



Hartmut Schauerte, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



Dagmar Wöhrl, MdB
Parlamentarische
Staatssekretärin im
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



Dr. Franz Josef Jung, MdB
Bundesminister
der Verteidigung



Hildegard Müller, MdB
Staatsministerin im
Bundeskanzleramt
(Bund-Länder-
Koordination)



Christian Schmidt, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
der Verteidigung



Dr. Joachim Wuermeling
Beamteter Staats-
sekretär im Bundes-
ministerium für
Wirtschaft und
Technologie
(ab 1.1.2006)



Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerin
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Thomas Rachel, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Bildung und
Forschung



Andreas Storm, MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Bildung und
Forschung



Fraktionsführung

Volker Kauder, MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

Dr. Peter Ramsauer, MdB
Erster Stellv. Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe

Wolfgang Bosbach, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ilse Falk, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Michael Meister, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Katherina Reiche, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arnold Vaatz, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar

Dr. Norbert Röttgen, MdB
1. Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Manfred Grund, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bernhard Kaster, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Martina Krogmann, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Wolfgang Götzer, MdB
Justiziar der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Sprecher

Ilse Aigner, MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bil-
dung und Forschung der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Günter Baumann, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Peti-
tionen der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Otto Bernhardt, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fi-
nanzen der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Peter Bleser, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Er-
nährung, Landwirtschaft und Ver-
braucherschutz der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Klaus Brähmig, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tou-
rismus der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Dr. Jürgen Gehb, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Steffen Kampeter, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haus-
halt der CDU/CSU-Bundestagsfrak-
tion

Eckart von Klaeden, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aus-
wärtiges der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion

Laurenz Meyer, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirt-
schaft und Technologie der der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bernd Siebert, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ver-
teidigung der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

Erika Steinbach, MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Men-
schenrechte und Humanitäre Hilfe
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ausschussvorsitzende

Ernst Hinsken, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Tou-
rismus des Deutschen Bundestages

Dr. Klaus Lippold, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Ver-
kehr, Bau und Stadtentwicklung des
Deutschen Bundestages

Andreas Schmidt, MdB
Vorsitzender des Rechtsausschusses
des Deutschen Bundestages

Thomas Strobl, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für
Wahlprüfung, Immunität und Ge-
schäftsordnung des Deutschen
Bundestages

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für An-
gelegenheiten der Europäischen
Union des Deutschen Bundestages

„Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ Wirtschaftspolitische Weichenstellungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

Mittelstand, Handwerk, Freie Berufe, Existenzgründer

- Erleichterung der Unternehmensnachfolge im Erbschaft- und Schenkungsrecht spätestens zum 1.1.2007 (Steuerstundung beim Betriebsübergang, Entfall bei Fortführung über 10 Jahre).
- Small-Business-Act als Sofortmaßnahme zum Bürokratieabbau bei Mittelstand und Existenzgründern (Abbau von Statistik-, Nachweis-, Buchführungs- und Dokumentationspflichten, Doppel- und Mehrfachprüfungen, Schwellenwertvereinheitlichung, Erleichterung bei der Bestellung von Beauftragten, der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung, schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren, Entbürokratisierung der Förderprogramme).
- Liquiditätsverbesserung durch Verdopplung der Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung in den alten Ländern auf 250.000 Euro und Beibehaltung der Umsatzgrenze von 500.000 Euro in den Neuen Ländern.
- Existenzgründer: Schaffung von One-Stop-Anlaufstellen für Anmelde- und Genehmigungsformalitäten sowie Heraufsetzung der Buchführungsgrenze von 350.000 auf 500.000 Euro.
- Verbesserte Mittelstandsfinanzierung: Erhalt der Förderung des ERP-Sondervermögens, mittelstandsfreundliche Umsetzung von Basel II, verstärkter Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente (Beteiligungs- und Mezzaninekapital), Deregulierung der Finanzaufsicht, bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital (u. a. Erhöhung der Wesentlichkeitsgrenze), stärkere Ausrichtung der KfW-Programme auf KMU, geplanter „Deutscher Mittelstandsfonds“.
- Gewerbliche Einkünfte werden von der sog. „Reichensteuer“ ausgenommen.
- Handwerk: Evaluierung der Handwerksnovelle, keine Aushöhlung des Meisterbriefs durch EU-Recht, Prüfung der Einführung einer Mindestqualifikation für meisterfrei gewordene Berufe, Weiterführung des Meister-BAföG, bessere Missbrauchsbekämpfung bei in Deutschland beschäftigten Handwerkern aus Osteuropa, begrenzte Abziehbarkeit privater Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen von der Einkommensteuer.
- Besserer Zugang von Handwerk und Mittelstand zu Public Private Partnership (PPP)-Projekten.
- Abschaffung der Ich-AGs zum 30.06.2006.
- Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der geplanten EU-Chemikalienverordnung REACH. Verabschiedung des Forderungssicherungsgesetzes (FoSIG). Novelle des GmbH-Rechts. Mittelstandsfreundliche Novelle des Vergaberechts.
- Deutliche Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms als Impuls für Handwerk und Bauwirtschaft.
- Konzentration der Förderprogramme und stärkere Ausrichtung des Außenwirtschaftsinstrumentariums (z. B. Messeförderung) auf den Mittelstand.
- Freie Berufe: systemkonforme Modernisierung der HOAI, Reform der Rechtsberatung.
- Einzelhandel: Erhalt der Innenstädte als Einzelhandelsstandorte (ggf. gesetzl. Maßnahmen), grundsätzliches Verbot des Untereinstandspreis-Verkaufs von Lebensmitteln zur Verhinderung ruinösen Preiswettbewerbs.

Bürokratieabbau

- Small-Business-Act: Artikelgesetz als Sofortmaßnahme zum Abbau bürokratischer Belastungen.
- Einführung eines Standardkosten-Modells zur Messung bürokratischer Lasten von Unternehmen und Festlegung eines konkreten Reduzierungsziels.
- Unabhängiger Normenkontroll-Rat beim Bundeskanzleramt, der sowohl künftige Gesetzesinitiativen als auch den bestehenden Normenbestand auf Erforderlichkeit und Bürokratiekosten prüft.
- Europäische Vorgaben werden nur noch 1:1 umgesetzt. Dies gilt auch für das sog. Antidiskriminierungsgesetz.
- Erleichterung und Beschleunigung von Planung und Bau von Infrastrukturvorhaben (Planungsbeschleunigungsgesetz).
- Bürokratieabbau, Deregulierung und Gesetzesfolgenabschätzung auf EU-Ebene.

Arbeitsmarkt

- Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent zum 1.1.2007.
- Kündigungsschutz: Bei Neueinstellungen kann künftig eine Wartezeit bis zu 24 Monaten vereinbart werden. Im Gegenzug entfällt die Möglichkeit, Arbeitsverträge in den ersten 24 Monaten sachgrundlos zu befristen. Für Existenzgründer bleibt die Möglichkeit erhalten, sachgrundlose Befristungen bis zu 48 Monaten in den ersten vier Jahren abzuschließen.
- Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden auf den Prüfstand gestellt. Was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Ich-AGs werden zum 30.06.2006 eingestellt und durch eine neu Existenzgründungsförderung ersetzt. Nur erfolgreiche Personal-Service-Agenturen werden fortgeführt.
- Hartz IV: einheitliche Regelleistung in Ost- und Westdeutschland, stärkere Schonvermögensberücksichtigung bei der Alterssicherung, konsequente Ahndung von Missbrauch und höhere Anreize zur Arbeitsaufnahme, Einsparungen von insgesamt 3.8 Mrd. Euro u. a. durch Einführung eines Rückgriffsrechts für bis zu 25jährige.
- Beseitigung von Anreizen zur Frühverrentung und Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigung älterer Arbeitsloser.
- Verlängerung der Ende 2006 auslaufenden erleichterten Befristungsregelung für über 52jährige.
- Volle Ausschöpfung der 7jährigen Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit bei den neuen EU-Mitgliedstaaten.
- Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf Gebäudereiniger. Kein gesetzlicher Mindestlohn.
- Schärfere Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit.
- Bekenntnis zur Erhaltung der Tarifautonomie. Keine Einigung bei der Einführung betrieblicher Bündnisse.

Steuern

- Erhöhung der regulären Mehrwert- und der Versicherungssteuer auf 19 Prozent zum 1.1.2007. Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent.
- Befristet bis zum 31.12.2007 werden die Abschreibungsbedingungen verbessert (Anhebung der degressiven AfA bei beweglichen Wirtschaftsgütern von 20 auf 30 Prozent).
- Zum 1.1.2008 tritt eine große Unternehmensteuerreform in Kraft mit Rechtsformen- und Finanzierungsneutralität und dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich wird das Bilanzsteuerrecht modernisiert.
- Eine Neuformulierung des Einkommensteuerrecht wird für 2008 angestrebt. (Beibehaltung des linear-progressiven Tarifs. Einführung eines Anteilssystems statt der bisherigen Steuerklassen bei der Lohnsteuer).

- Abbau von Steuervergünstigungen und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ab dem 1.1.2006 (u. a. Begrenzung der Entfernungspauschale, Abschaffung der Eigenheimzulage, Beschränkung der Verlustverrechnung für sog. Steuersparfonds, Abschaffung der degressiven AfA für Gebäude, Reduzierung des Sparrfreibetrags). Die Steuerfreiheit der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge bleibt erhalten, ihre Sozialversicherungsfreiheit wird aber beschränkt.
- Bekenntnis zur Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer wirtschaftskraftbezogenen kommunalen Unternehmensteuer mit Hebesatzrecht. Die Reform der Gewerbesteuer soll im Zuge der großen Unternehmensteuerreform angepackt werden.
- Steuerliche Anerkennung des Privathaushaltes als Arbeitgeber.
- Selbstgenutztes Wohneigentum wird zum 1.1.2007 in die geförderte Altersvorsorge (Riester-Rente) integriert.
- Vereinfachung der Grundsteuer (nach dem Modell von Bayern und Rheinland-Pfalz).
- Stärkere Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, möglichst durch Systemwechsel zum Reverse-Charge-Modell.
- Vorgehen gegen unfaires Steuerdumping und Subventionen für Betriebsverlagerungen in der EU.

Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

- Wachstumspaket zur Belebung der Konjunktur in Höhe von 25 Mrd. Euro.
- Stärkung der Spitzen- und Querschnittstechnologie (Aktionsplan „High-Tech-Strategie Deutschland“) und Realisierung innovativer Leuchtturmprojekte (GALILEO, Transrapid, elektron. Gesundheitskarte, etc.).
- Ausbau moderner breitbandiger Telekommunikationsnetze.
- Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Finanzplatzes: Einführung von REITS, Ausbau des Verbriefungsmarktes, Deregulierung der Finanzmarkt-aufsicht, Weiterentwicklung der Corporate Governance, bessere Rahmenbedingungen für Private Equity und PPP-Anlageformen, angemessene Regulierung von Hedge-Fonds.
- Einvernehmliche Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung.
- Aufbau Ost: Fortführung der Investitionszulage, Einhaltung der Mittelzusage für den Solidarpakt II, Fortsetzung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Sicherung der EU-Förderung, Weiterentwicklung der Förderpolitik, weitere Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung, weiterer Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik, Abschluss der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit.
- Bessere Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft.
- Erhöhung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen um 4,2 Mrd. Euro.
- Weiterentwicklung von PPP als innovativer Finanzierungsweg für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.
- Fortführung der Bahnreform sowie Stärkung von maritimer Wirtschaft, Straßengüterverkehrsgewerbe und dem Logistikstandort.
- Diskriminierungsfreie Entlastung des Straßengüterverkehrsgewerbes bei der LKW-Maut, Vereinfachung und Beschleunigung der Verkehrswegeplanung durch ein neues Planungsrecht, mittelständische Existenzsicherung beim ÖPNV.

Soziale Sicherungssysteme

- Dauerhafte Senkung der Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent.
- Rentenversicherung: schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, abschlagsfreie Rente mit 65 bei 45 Pflichtbeitragsjahren, Einführung eines Nachholfaktors (wodurch für mehrere Jahre Rentenerhöhungen faktisch ausgeschlossen sind), Beseitigung der Frühverrentungsanreize, Erhöhung des Beitragssatzes von 19,5 auf 19,9 Prozent.
- Krankenversicherung: keine Einigung bei der Reform der GKV, ein umfassendes Reformkonzept soll in 2006 erarbeitet werden mit dem Ziel der (mindestens) Beitragsstabilität, Effizienzsteigerung durch mehr Wettbewerb, Erhalt des pluralen Kassensystems mit GKV und PKV, Portabilität der individuellen Altersrückstellungen der PKV, strukturelle Reform einzelner Leistungsbereiche, Erhalt der freien Arztwahl.
- Pflegeversicherung: Einführung kapitalgedeckter Elemente, Erhalt des Kapitalstocks der privaten PV, Einführung eines Finanzausgleichs zwischen privater und gesetzlicher PV, Dynamisierung der Pflegeleistungen.
- Verankerung einer Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung bis zur Mitte der Legislatur mit Reduzierungspotenzial für Lohnzusatzkosten, Beseitigung der Doppelprüfungen von BGen und Gewerbeaufsicht im Rahmen des Small-Business-Act.

Energie und Umwelt

- Breiter Energiemix als Grundlage der Energie- und Umweltpolitik.
- Entideologisierung der Energiepolitik und stärkere Berücksichtigung der Energiekosten als Standortfaktor: Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, keine Beeinträchtigung energieintensiver Industrien, Überprüfung des EEG und der KWK-Fördersystematik, keine weitere Ökosteuerrhöhung.
- Senkung der Kostenbelastung der Wirtschaft durch den CO₂-Emissionszertifikatehandel.
- Harmonisierung der Energiebesteuerung in der EU mit dem Grundsatz preisgünstiger Versorgung.
- Das deutsche Umweltrecht wird vereinfacht und in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst. Ersetzung verschiedener Genehmigungsverfahren durch eine integrierte Vorhabengenehmigung.

Forschung und Bildung

- Die Mittel für Forschung und Entwicklung steigen bis 2010 auf mindestens 3 % des BIP, sie werden in dieser Legislaturperiode um 6 Mrd. Euro erhöht.
- Verbesserung der Projektförderung und der Verbundförderung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (Prüfung eines Forschungsförderungsgesetzes). Neu- ausrichtung der Förderpolitik auf anwendungsbezogene Forschung, Mittelstand und Unternehmensausgründungen aus der Wissenschaft, Netzwerke, Cluster und Technologietransfer.
- Förderung von Forschung und Anwendung der grünen Gentechnik.
- Fortführung des Ausbildungspaktes, keine Ausbildungsplatzabgabe.
- Duale Berufsausbildung: praxiserichte Modernisierung der Ausbildungsberufe, Einführung gestufter Ausbildungsordnungen, bessere internationale Vergleichbarkeit, Weiterführung des Meister-BAföG.
- Ausbau der Begabtenförderung und stärkerer Wettbewerb der Hochschulen.

Sanierung der öffentlichen Haushalte

- Bilanz von Rot-Grün: Strukturelle Lücke zwischen Ausgaben und regelmäßigen Einnahmen von 64 Mrd. Euro.
- Ziel der neuen Bundesregierung ist die Einhaltung der Maastricht-Kriterien und der Verschuldensgrenze des Grundgesetzes ab 2007. Mittelfristig soll ein ausgeglichener staatlicher Gesamthaushalt hergestellt werden.
- Konsolidierung auf der Ausgaben- und Einnahmenseite u.a. durch Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung (1 Mrd. Euro p. a.), bei Hartz IV (3-4 Mrd. Euro p. a.) und bei Fördertatbeständen, Senkung der GKV-Zuwendungen auf Null bis 2008, keine Zuweisungen mehr an die BA, Abbau von Steuervergünstigungen (mind. 4 Mrd. Euro p. a. ab 2007), Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer, „Reichensteuer“.

kss

Private Vorsorge: Mit Auszahlplänen die Rente aufbessern

WENN DER RUHESTAND naht, ist Kassensturz angesagt. Was ist nach einem Arbeitsleben finanziell übrig geblieben? Und: Wie lässt sich aus dem Ersparten der bislang gewohnte Lebensstandard erhalten?

NACH DER jüngsten Studie zum Thema „Alterssicherung in Deutschland“ sieht es keineswegs so schwarz aus, wie es von

„Renten-
Durchschnitt
West – 1.641,
Ost – 1.477
Euro“

Studie über Alters-
sicherung in
Deutschland

der neuen Lin-
ken gerne an die
Wand gemalt
wird. So verfügt
in den alten
Bundesländern
jeder 65-Jährige
im Durchschnitt
über 1.641, in
Ostdeutschland
über 1.477 Euro.
Darüber hin-
aus kann ein gutes
Drittel der Rentner
auf zusätzliche
Einnahmen zurück-
greifen: aus vermieteten
Immobilien, Kapitaleinkünften
oder Versicherungspolicen.
Nicht einmal zwei Prozent
der Menschen im Ruhestand
sind auf Sozialhilfe angewiesen.

WER INDES seine finanziellen
Verhältnisse für den vor ihm lie-
genden Lebensabschnitt ordnen
will, bekommt höchst selten
kompetente Hilfe. Den oft deut-
lich jüngeren Kundenberatern
in Bankfilialen und Sparkas-
senzweigstellen fehlt es in aller
Regel an dem notwendigen Ein-
fühlungsvermögen für die Pro-
bleme der älteren Generation.
Sie spulen ihr Fachwissen her-
unter und kommen mitunter zu
ganz abstrusen Vorschlägen.
Wenn sie etwa einer 76-jähri-
gen Oma einen Bausparvertrag
verkaufen, „den später einmal
der Enkel übernehmen könn-
te“.

INZWISCHEN HABEN sogar
ambulante Pflegedienste ent-
deckt, dass sich mit Finanzbera-
tung mehr Geld verdienen lässt
als mit Putzen und Kochen.
Da werden schnell jene Produkte
empfohlen, bei denen die höch-
ste Provision fließt. So kam auch
eine Podiumsdiskussion im Köl-
ner Hilton vor viel berufsfrem-
dem Publikum schnell zur Sa-
che: „Wie lassen sich die Gold-
schätze der Senioren heben?“



„Am Anfang steht
die Selbstanalyse“

DA MIT der Aufgabe der beruf-
lichen Tätigkeit nicht selten eine
Identitätskrise einhergeht, fällt
es vielen Pensionären schwer,
eine Vorstellung vom letzten
Drittel ihres Lebens zu ent-
wickeln. Wie soll die auf ein-
mal übergroße Freizeit genutzt

werden? Welche bislang wenig
erfüllten Wünsche lassen sich
finanziell unter den neuen Be-
dingungen verkraften? Wie steht
es um die Gesundheit, und wel-
che Reserven werden für den
vielleicht einmal notwendigen
Pflegefall benötigt?

DIE ANTWORTEN auf solche
Fragen können durchaus zum
Wegweiser für die Geldanlage

Lebenslange Rente

Gesellschaft	garantierte Anfangsrente 65-jähriger Mann/Frau	
CosmosDirekt	709 Euro	645 Euro
Debeka	705 Euro	641 Euro
Europa	697 Euro	632 Euro
HanseMerkur	695 Euro	631 Euro
Generali	694 Euro	632 Euro
Axa	689 Euro	627 Euro
Asstel	687 Euro	626 Euro
Concordia	685 Euro	623 Euro

Basis: 150.000 Euro als einmalige Einzahlung in eine private Rentenversicherung mit sofort beginnender lebenslanger Leistung, 10 Jahre Rentengarantie für Hinterbliebene.

Flexible Auszahlung

Kapital- verzehr bei Laufzeit von	monatliche Entnahme bei Rendite von			
	5 % (Rentenfonds)	6 %	7 % (Aktienfonds)	8 %
10 Jahren	1.584	1.653	1.725	1.797 Euro
12 Jahren	1.380	1.452	1.524	1.599 Euro
14 Jahren	1.236	1.308	1.386	1.464 Euro
16 Jahren	1.128	1.203	1.281	1.362 Euro
18 Jahren	1.044	1.125	1.203	1.287 Euro
20 Jahren	981	1.062	1.143	1.227 Euro
22 Jahren	927	1.011	1.095	1.182 Euro
24 Jahren	885	969	1.056	1.146 Euro

Basis: 150.000 Euro Einzahlung in Investmentfonds mit sofort beginnender Leistung bei einer zuvor bestimmten Laufzeit, bei vorzeitigem Tod verbleibt den Erben das verbliebene Kapital.



„Wegweiser
für die
Geldanlage
im Ruhe-
stand“

im Ruhestand werden. Für mittelständische Unternehmer oder freiberuflich Tätige hatte private Vorsorge schon immer hohe Priorität, denn ehemals erworbene Rentenansprüche aus staatlichen oder betrieblichen Versorgungskassen reichen nur

selten, einen angemessenen Lebensunterhalt im Alter zu gewährleisten.

WENN ZWISCHEN dem 60. und 65. Geburtstag hohe Beiträge aus der Kapitallebensversicherung fällig werden, stehen regelmäßig die Assekuranzvertreter auf der Matte mit Angeboten zur Umwandlung in eine Rentenversicherung (siehe Ta-

belle 1). In der Tat ist es beruhigend, mit der einmaligen Einzahlung eine sofort beginnende lebenslange Leistung zu erhalten. Das vielfach zitierte „ausgesorgt“ hat allerdings den Nachteil, dass keine Möglichkeit besteht, im Alter eine größere Summe locker zu machen. Wenn beispielsweise eine schwierige Operation ansteht oder der Umbau der eigenen vier Wände in ein rollstuhlgerechtes Zuhause.

BESSER: DIE Auszahlpläne der Investmentfonds erhöhen die Flexibilität im Alter, da jederzeit ein Zugriff auf das noch verfügbare Kapital möglich ist und die Fondsrente stets neu angepasst werden kann. Es gibt grundsätzlich zwei Varianten der Auszahlpläne:

- Bei Kapitalerhalt bleibt die eingezahlte Summe den Erben erhalten, die monatliche Zusatzrente wird allein aus den vom Fonds erwirtschafteten Erträgen gezahlt, ist also nie konstant. Langjährige Beobachtungsreihen zur Wertentwicklung bieten aber verlässliche Daten. So kann bei guten Rentenfonds langfristig von durchschnittlich sechs bis sieben Prozent Rendite ausgegangen werden, bei Aktienfonds sogar von acht bis neun Prozent, allerdings bei einer größeren Schwankungsbreite.

- Bei Kapitalverzehr sind deutlich höhere Auszahlungen aus dem persönlichen Fondsvermögen möglich. Allerdings muss sich der Anleger zunächst einmal festlegen, wie lange er diese Rente in Anspruch nehmen will (siehe Tabelle 2). Je länger, umso niedriger die Auszahlung, doch sie kann durchaus konstant oder auch dynamisiert ausfallen. Sie lässt sich zwischenzeitlich erhöhen oder ermäßigen und damit die Laufzeit beeinflussen.

OBWOHL IN einer Umfrage unter Senioren der Flexibilität ei-

ner Geldanlage hohe Priorität eingeräumt wurde, entscheiden sich nur wenige für die Auszahlpläne mit Kapitalverzehr. Der Grund: Sie glauben mit der Laufzeit ihr voraussichtliches Lebensende zu markieren.

„Unternehmer
setzen auf die
Basisrente“

ALLER APPELLE nach einer Verstärkung der privaten Vorsorge zum Trotz können sich viele der heute 40- oder 50-Jährigen kaum vorstellen, dass es ihnen wirtschaftlich einmal deutlich schlechter gehen wird als ihren Eltern im Ruhestand. Denn zwischen der theoretischen Erkenntnis, wie sehr eine zusätzliche Absicherung notwendig ist, und der praktischen Umsetzung klafft nämlich eine riesige Lücke.

DIE NEUE Basisrente soll nun gerade Freiberufler und Selbstständige motivieren, die steuerlichen Vorteile in Anspruch zu nehmen. Bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 Euro für Singles und 40.000 Euro für Ehepaare dürfen 60 Prozent der Beiträge erstmals 2005 als Sonderausgaben in der Steuererklärung voll berücksichtigt werden. Bis zum Jahr 2025 steigt der vom Fiskus anerkannte Prozentsatz auf 100 Prozent. Parallel dazu wächst der Anteil, mit der die später ausgezahlte Rente zu versteuern ist (Tabelle 3).

DIE SO genannte Rürup-Rente rechnet sich vor allem für Besserverdienende. „Sie ist deshalb so interessant, weil man relativ hohe Summen in kurzer Zeit einzahlen kann“, bestätigt Thomas Dambier von Finanztest. Und: „Wer die Altersvorsorge bislang verschlafen hat, hat durchaus noch gute Chancen, etwas für die Rente zu tun.“

hw

Steuern sparen

Gesellschaft	Basis-Rentenversicherung bringt bei 500 Euro Monatsbeitrag nach 30 Jahren garantierte – mögliche Anfangsrente	
	Mann/Frau	Mann/Frau
WGV	1.104/1.008 Euro	1.656/1.511 Euro
Debeka	1.093/ 998 Euro	1.723/1.570 Euro
Hamburg-Mannh.	1.090/ 985 Euro	1.579/1.426 Euro
Europa	1.079/ 985 Euro	2.010/1.833 Euro
Asstel	1.068/ 973 Euro	1.895/1.712 Euro
HUK-Coburg	1.062/ 970 Euro	1.594/1.458 Euro
Continental	1.029/ 938 Euro	1.602/1.460 Euro
Volkswahl-Bund	1.026/ 935 Euro	1.704/1.545 Euro

Hinweis:keine Todesfallabsicherung,Rente wird steuerpflichtig

Messe-Präsentation: Wann und wo die Beteiligung lohnt

GLANZVOLLE PRÄSENTATIONEN WIE zuletzt auf der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt oder demnächst wieder auf der „boot“ in Düsseldorf können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sparwelle in deutschen Unternehmen auch den Messe-Sektor erreicht hat. Mit rückläufigen Besucherquoten sank vielerorts auch die Zahl der Aussteller. Gerade bei mittelständischen Firmen steht der obligate Messe-Pavillon inzwischen auf dem Prüfstand.

UM DIESEM Trend entgegen zu wirken will beispielsweise die Deutsche Messe AG in Hannover in den kommenden Jahren Billigmessen mit einem abgepeckten Service-Angebot veranstalten. Mit diesem Konzept sollen neue Kundengruppen vornehmlich aus dem finanzschwachen Mittelstand gelockt werden, denn nicht jede Messe braucht den hohen Standard der Premium-Klasse.

DAZU ZÄHLEN zweifellos auch Verbraucher-Ausstellungen, oft regional geprägte Schauen mit Volksfest-Charakter. Nach einer Untersuchung des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (AUMA) besuchen vier Millionen Menschen regelmäßig und weitere elf Millionen gelegentlich diese Messen. „So viele Konsumenten und unterschiedliche Käufergruppen aus allen Bevölkerungsschichten gleichzeitig zu erreichen, schafft kein anderes Medium“, behauptet AUMA-Geschäftsführer Peter Neven. Beispiele:

- Der „Mannheimer Maimarkt“ mit rund 400.000 Besuchern gilt als Branchenführer in Deutschland.
- Zur „Consumenta“ strömen regelmäßig etwa 200.000 Menschen auf das Nürnberger Messegelände.
- Zum „Dortmunder Herbst“ kommen je nach Wetterlage zwischen 100.000 und 130.000 Schaulustige.

SIE ALLE wollen sich nicht nur über neue Produkte und Dienstleistungen informieren, sie kaufen auch ein. So gab auf der letzten Veranstaltung „Import Shop“ in Berlin jeder Besucher durchschnittlich 140 Euro aus, bei der Messe „Familie & Heim“ waren es in Stuttgart sogar 200 Euro. „Der Kauf fällt leichter, wenn die Familie zusammen unterwegs ist“, hat Egon Galinnis festgestellt, Geschäftsführer der Messe Essen. Er veranstaltet mit „Mode – Heim – Handwerk“ die größte Verbraucherausstellung in Nordrhein-Westfalen. „80 Prozent der Aussteller sind Mittelständler und stammen aus der Region“, sagt der Messe-Chef, die übrigen bezeichnet er als Profi-Aussteller. Anbieter von Gusspfannen zum Beispiel oder Autopolitur.

FACHSPEZIFISCHE MESSEN wechseln bei gleichem Sortiment



In der Wanderausstellung des nordrhein-westfälischen Fachverbandes der Tischler wird ein Bad als Nasszelle dargestellt. Eine Gitterkonstruktion in Ei-Form zeigt dabei höchste Präzision in der Verarbeitung und verweist auf den Ursprung des Erlebens mit Wasser. Ein nachahmenswertes Beispiel, wie ein Produkt auf kleinstem Raum attraktiv präsentiert werden kann.

mitunter den Veranstaltungsort. So wanderte die für Dachdecker wichtige Ausstellung „Dach + Wand“ von München (2004) nach Leipzig (2005) und findet 2006 in Köln statt. Für 2008 ist die Zusammenlegung mit „Holzbau + Ausbau“ geplant. Eine sinnvolle Kombination im Interesse der Besucher. *cw*

Verbrauchermesse als Event-Erlebnis

Sechs Gründe, warum Verbraucher-Ausstellungen so beliebt sind (Besucherbefragung mit Mehrfachnennungen):

- Wir wollen neue Produkte und/oder Dienstleistungen kennen lernen **82 %**
- Wir möchten interessante Aktionen oder Sonderschauen sehen **72 %**
- Gute Gelegenheit, aktuelle Informationen zu Produkten oder Dienstleistungen zu bekommen **69 %**
- Wir erleben Fachberatung ohne Kaufzwang **42 %**
- Wir erhalten Anregungen für den Haushalt **40 %**
- Die Ausstellung ist für uns ein abwechslungsreiches Erlebnis **20 %**

Wandermessen ziehen durch Deutschland

- Altenpflege + ProPflege
2004 Hannover, 2005 Nürnberg, 2006 Hannover
- Arbeitsschutz aktuell
2004 Wiesbaden, 2006 Karlsruhe
- Dach + Wand
2004 München, 2005 Leipzig, 2006 Köln
2008 zusammen mit Holzbau + Ausbau
- Didacta (Aus- und Weiterbildung)
2004 Köln, 2005 Stuttgart, 2006 Hannover
- Farbe
2002 München, 2005 Köln, 2007 Köln
- Interschau
2004 Hamburg, 2006 Hannover, 2008 Nürnberg

AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt von Rechtsanwalt
(Fachanwalt für Arbeitsrecht) Michael Henn, Stuttgart

Vertragsstrafe als Werbungskosten

FG Düsseldorf – Urteil vom 12.4.2005, AZ. 3 K 4223/03 E

Streitig ist, ob Aufwendungen für eine Vertragsstrafe, die der Kläger an seinen ehemaligen ausländischen Arbeitgeber gezahlt hat, als Werbungskosten bei den inländischen Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit zu berücksichtigen sind.

Nach § 9 Abs. 1 Satz 1 EStG sind Werbungskosten Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung von Einnahmen. Nach herrschender Auffassung sind danach Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit alle durch den Beruf veranlassten Aufwendungen. Eine berufliche Veranlassung ist bei Werbungskosten im Rahmen der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit stets dann anzunehmen, wenn objektiv ein Zusammenhang mit dem Beruf besteht und subjektiv die Aufwendungen zur Förderung des Berufs, nämlich zur Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung von Einnahmen dieser Einkunftsart gemacht werden. Diese Voraussetzungen sind im Streitfall erfüllt. Der Kläger hat die durch die vorzeitige Kündigung seines früheren Arbeitsverhältnisses ausgelöste Vertragsstrafe in Kauf genommen, um ein neues Arbeitsverhältnis im Inland eingehen zu können, welches mit einem fast doppelt so hohen Monatsgehalt wie bisher verbunden war.

Entgegen der Auffassung des FA steht dem Abzug der Vertragsstrafe als Werbungskosten bei den inländischen Einkünften § 3 c Abs. 1 EStG nicht entgegen. (Leitsatz der Schriftleitung)

Haftung des Anlageberaters

Kammergericht Berlin – Urteil vom 20.12.2004, AZ. 8 U 126/04

§ 31 WpHG ist ebenso wie § 32 WpHG ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs.2 BGB. Ein Verstoß gegen § 31 WpHG kann daher zu Schadensersatzpflichten führen.

Bei der Vermittlung nicht börsennotierter Aktien hat der Anlageberater dem Käufer die sich aus der fehlenden Börseneinführung ergebenden Konsequenzen zu erläutern und ihm deutlich zu machen, dass die jederzeitige Handelbarkeit solcher Aktien nicht gewährleistet ist. Insoweit sind strenge Anforderungen zu stellen. Beratung und Information in Schriftform ist in keiner Weise geeignet, mündliche Beratung und Information zu ersetzen oder einzuschränken.

(Leitsätze der Schriftleitung)

Unzulässige e-Mail-Werbung

OLG Bamberg – Urteil vom 12.05.2005, Az. 1 U 143/04

Der Senat folgt der Auffassung des Landgerichts Bayreuth, dass dem Kläger gegen die Beklagte ein Anspruch aus § 823 Abs. 1, § 1004 Abs. 1 BGB auf Unterlassung der Zusendung von E-Mails an die E-Mail-Adressede zusteht.

Hierbei kann dahingestellt bleiben, ob sich dieser Anspruch aus einem Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb herleitet, wie der Umstand nahe legt, dass es sich bei der angegebenen E-Mail-Adresse offensichtlich um eine geschäftlich unterhaltene Adresse handelt, oder es sich um einen Anspruch zum Schutz der Privatsphäre handelt. Denn in beiden Fällen wird durch die gefestigte Rechtsprechung ein solcher Anspruch auf Unterlassung zuerkannt.

Eine vorangegangene rechtswidrige Beeinträchtigung begründet in der Regel die tatsächliche Vermutung für das Bestehen der Wiederholungsgefahr. Das bloße Versprechen, eine störende Handlung nicht zu wiederholen, kann die Wiederholungsgefahr nur dann ausräumen, wenn es mit der Erklärung einer Vertragsstrafe verbunden wird. An die Widerlegung der Wiederholungsgefahr durch den Störer sind hohe Anforderungen zu stellen. Deshalb genügt es nicht, wenn die Beklagte darauf hinweist, dass sie den Kläger sogleich aus dem Verteiler genommen und ihm mitgeteilt habe, dass er nicht mehr als Mitglied geführt, sondern gesperrt worden sei. (Leitsatz der Schriftleitung)



Leipzig ist Messe

Messen und Veranstaltungen 2006

20.01. – 22.01.2006	PARTNER PFERD show – expo – sport FEI World Cup Jumping – Ausstellung, Sport-Gala – FEI World Cup Driving, Wernesgrüner Pferdenacht – Westernturnier www.partner-pferd.de
27.01. – 29.01.2006	BODY LOOK* Internationale Fachmesse für Body-, Beach- und Legwear (Zutritt nur für Fachbesucher) www.body-look.de
01.02. – 04.02.2006	baufach Baufachmesse Leipzig www.baufach.de innbau Fachmesse für Innenausbau www.innbau-leipzig.de
18.02. – 20.02.2006	ImmobilienMesse Mieten – Bauen – Kaufen – Finanzieren www.immobiliemesse-leipzig.de
18.02. – 26.02.2006	HAUS – GARTEN – FREIZEIT Die große Verbraucherausstellung für die ganze Familie www.haus-garten-freizeit.de
18.02. – 26.02.2006	mitteldeutsche handwerksmesse www.handwerksmesse-leipzig.de
04.03. – 06.03.2006	CADEAUX Leipzig Fachmesse für Geschenk- und Wohnideen (Zutritt nur für Fachbesucher) www.cadeaux-leipzig.de
16.03. – 19.03.2006	12. Leipziger Antiquariatsmesse* www.abooks.de
16.03. – 19.03.2006	Leipziger Buchmesse www.leipziger-buchmesse.de
01.04. – 05.04.2006	AMI 7EC Fachmesse für Fahrzeugteile, Werkstatt und Service www.amitec-leipzig.de
01.04. – 09.04.2006	AMI Auto Mobil International www.ami-leipzig.de
10.05. – 13.05.2006	ORTHOPÄDIE + REHA-TECHNIK* Internationale Fachmesse und Weltkongress www.ort2006.de
20.06. – 22.06.2006	Z 2006 DIE ZULIEFERMESSE 7. INTERNATIONALE FACHMESSE FÜR TEILE, KOMPONENTEN, MODULE UND TECHNOLOGIEN www.zuliefermesse.de
24.08. – 27.08.2006	GC 2006 Europas erste umfassende Erlebnismesse für interaktive Unterhaltung, Infotainment, Edutainment und Hardware (23.08.2006 exklusiver Fachbesucher- und Medientag) www.gc-germany.com
09.09. – 11.09.2006	CADEAUX Leipzig Fachmesse für Geschenk- und Wohnideen (Zutritt nur für Fachbesucher) www.cadeaux-leipzig.de
09.09. – 11.09.2006	COMFORTEX Fachmesse für Raumgestaltung mit TraumRaum Die Fachausstellung rund ums Schlafen und Wohlfühlen (Zutritt nur für Fachbesucher) www.comfortex.de
09.09. – 11.09.2006	MIDORA Leipzig UHREN- & SCHMÜCKTAGE (Zutritt nur für Fachbesucher) www.comfortex.de
23.10. – 25.10.2006	euregia 2006 Standort- und Regionalentwicklung in Europa Fachmesse und Kongress www.euregia-leipzig.de
25.10. – 28.10.2006	denkmal Europäische Messe für restaurierung, Denkmalpflege und Stadterneuerung www.denkmal-leipzig.de

*Gastveranstaltung

Auszug · Änderungen vorbehalten

Weitere Informationen:

Leipziger Messe GmbH
Messe-Allee 1, 04356 Leipzig, Germany
Tel.: +49 341 678-0, Fax: +49 341 678-8762
info@leipziger-messe.de, www.leipziger-messe.de

Das Wandern ist des Tischlers Lust

Die Wiederbelebung einer alten Handwerkstradition zeitigt erstaunliche Erfolge in der Berufsausbildung: Die Tischlermeister des Ilmkreises in Thüringen schicken ihre Lehrlinge wieder auf die Wanderschaft.

DEN TISCHLERMEISTERN AUS dem Ilmkreis, tief im Herzen des Thüringer Waldes gelegen, geht es bei ihrer Suche nach ambitioniertem Nachwuchs nicht anders als den meisten anderen Handwerksmeistern in Deutschland: Es fehlt an allen Ecken und Enden an geeigneten Bewerbern. Dabei sind die Thüringer aber noch in der komfortablen Situation, zehn bis 15 Bewerber auf einen Ausbildungsplatz zu haben. Dennoch, so Walter Geyer, Chef einer Möbeltischlerei mit fünf Mitarbeitern und drei Lehrlingen in Ilmenau, fielen 70 Prozent von ihnen durch die Eignungstests. Der Obermeister der Tischlerinnung im Ilmkreis resümiert kurz und knapp: „Mathe und Deutsch sind Fehlanzeigen. Die Arbeitsmotivation stimmt oft nicht. Häufig fehlt auch das räumliche Vorstellungsvermögen.“

Mangel setzt Ideen frei

Zu diesem Dilemma gesellt sich meist noch ein weiteres Problem bei der Berufsausbildung der Tischler. Die Spezialisierung gerade der kleinen Betriebe ist häufig so hoch, dass viele Meister nun ungern und manche überhaupt nicht ausbilden. „Unsere Lehrlinge erhielten bisher zwangsläufig eine sehr schmale Ausbildung“, erklärt Tischlermeister Reinhard Scheidt, der in der Nähe des thüringischen Städtchens Arnstadt eine Bau-tischlerei mit fünf Mitarbeitern



Die „Tippelei“ kommt wieder in Mode, es sind nicht nur Tischler-Gesellinnen und -Gesellen, die in dieser Kluft umherreisen.

sowie drei Auszubildenden führt. „Da schickt der Meister seinen Lehrling nur mit schlechtem Gewissen in die Prüfung“, sagt er.

WIE SO häufig, setzte der Mangel auch hier Ideen frei. Der Vorstand der Tischlerinnung wollte sich nicht länger mit der Situation zufrieden geben. Schließlich gehört es heute zum Allgemeinwissen, dass in absehbarer Zeit die Zahl der Bewerber sogar dramatisch sinken wird. Stichwort „demographisches Loch“. Da aber nicht davon auszugehen ist, dass sich die Qualität des Berufsnachwuchses erhöhen wird, ist also bald guter Rat teuer, will man sein Unternehmen dauerhaft fortführen. Das gemeinsame Ziel der Meister war rasch formuliert: Wir brauchen gute und

umfassend ausgebildete Lehrlinge, die neben fachlichen auch über soziale Kompetenzen verfügen. Zwangsläufig wurden bei diesen Überlegungen Erinnerungen an die gute alte Zeit der Wanderschaft wach, eine der ältesten und sicherlich auch erfolgreichsten Traditionen des Handwerks. Was also lag näher, als diese Idee wieder zu beleben?

Bohren dicker Bretter

Seit einigen Jahren gibt es sie nun wieder im deutschen Tischlerhandwerk, die Wanderschaft, wenn auch bisher lediglich im thüringischen Ilmkreis. Als Tischler waren Walter Geyer und Reinhard Scheidt ja das Bohren dicker Bretter gewöhnt, aber was sie in der rund einjährigen Vorbereitungsphase an Widerständen zu überwinden hatten, geriet selbst für Profis

zur schweißtreibenden Angelegenheit. Mit Unterstützung der Erfurter Handwerkskammer und des Landesinnungsverbandes gelang es schließlich, Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und Mittel des Landes Thüringen für dieses Projekt zu bekommen. Eine wissenschaftliche Betreuung erfolgt durch das Institut für Technische Wissenschaften und betriebliche Entwicklung der Universität Erfurt.

ENDLICH WAR es geschafft. Die „Kleine Wanderschaft“ nahm ihren Anfang. Für jeweils eine Woche ziehen seit dem Herbst 2002 die Lehrlinge von Betrieb zu Betrieb, im ersten Lehrjahr zwölfmal, im zweiten sechsmal, und im dritten Lehrjahr noch viermal. Inzwischen wandern 23 Lehrlinge gleichmäßig durch die

Betriebe und damit durch entsprechende Ausbildungsmodule. Allein zehn dieser Tischler-Ausbildungsplätze gäbe es ohne die Wanderschaft übrigens gar nicht. Die Devise vieler Betriebschefs heißt heute: „Ohne Wanderschaft kein Lehrling!“

Praxisnah ausbilden

Das hat Gründe. Die verschiedenen Ausbildungsmodule sind im wesentlichen von der Berufserfahrung der Tischlermeister bestimmt. „Wir wollen praxisnah ausbilden“, fasst Walter Geyer zusammen. „Außerdem geht es uns darum, eine möglichst große Kundennähe zu erreichen.“ Die Lehrlinge absolvieren auf die Art beispielsweise Module für die Möbel- oder Türrestaurierung, arbeiten an einer CNC-Maschine und stellen Produkte aus Kunststoff her. Sie gehen eine Woche lang in einen Baumarkt und beobachten und beurteilen dort die Verkäufer, ja sie führen sogar selbst Verkaufsgespräche mit den Kun-

den. Ein weiteres Modul etwa beinhaltet Grundlagen für das technische Zeichnen. „Die Berufsschullehrer haben nur noch gestaunt“, so Reinhard Scheidt. „Sie sagen schon jetzt, dass die Wanderschaft das Vorstellungsvermögen der jungen Leute, aber auch ihr Sozialverhalten erkennbar gestärkt hätten.“

DIE VORTEILE für die beteiligten Tischlermeister haben sich inzwischen herumgesprochen. Anfängliche Skepsis oder sogar Ablehnung ist inzwischen weitgehend der Begeisterung gewichen. Der Berufsnachwuchs ist erkennbar engagierter bei der Sache und fachlich besser ausgebildet. Eine bescheidene Aufwandsentschädi-



Alte Tradition, neu belebt und im Sinn erfüllt: Wandergesellen.

gung erleichtert es dem Meister, die kleinen Gruppen von mindestens drei Lehrlingen im

Betrieb zu betreuen. Zweimal im Jahr ermöglicht ein Workshop einen regen Erfahrungsaustausch auch mit anderen Meistern. Dies führte inzwischen zu einem intensiveren Kontakt der 23 Meister des Ilmkreises. Ihr Zusammenhalt ist gewachsen. Hat einer von ihnen eine Auftragspitze abuarbeiten, bekommt er meist rasch Verstärkung, indem eines der Ausbildungsmodule in seinen Betrieb verlegt wird. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorteil ergibt sich für die Thüringer Tischler außerdem. Ihre Idee ist längst der Renner auf diversen Bildungskonferenzen. Das schafft Popularität. Und viel Öffentlichkeit bedeutet immer auch neue Kunden mit neuen Aufträgen und damit die Stabilisierung des Betriebes und die Sicherung der Arbeitsplätze.

Vom Meister für voll genommen

Etwas Besseres können sich auch Marco Riemer und Stefan Fuchs nicht wünschen, die beide in der Bautischlerei von Reinhard Scheidt lernen. „Wir haben gerade an einer CNC-Maschine gearbeitet“, sagen sie. „Massenfertigung kennen wir ja sonst gar nicht.“ So erlernen sie die Unterschiede zwischen Massenproduktion und dem klassischen Handwerk, sammeln Erfahrungen in der Akkordarbeit und an der Bedienung neuer Maschinen. Vor allem aber, und darauf legen die Jugendlichen viel Wert, sie lernen neue Menschen kennen. Stefan Fuchs, 1. Lehrjahr, will seinen Berufsabschluss mit einer zusätzlichen Ausbildung als Holzfachwirt komplettieren: „Die Zusammenarbeit in all den neuen Betrieben ist ein echtes Aha-Erlebnis. Man freundet sich schnell an und wird auch vom Meister für voll genommen, weil man Sachen mitbringt, die er zum Teil selbst nur selten macht.“

Reinhard Myritz



Thüringer Tischlermeister, wie hier Reinhard Scheidt, schicken ihre Lehrlinge wieder auf die Walz – mit großem Erfolg, was ihre Qualifizierung betrifft.

Die öffentliche Auftragsvergabe ist eine Chance für den Mittelstand

Die öffentliche Hand vergibt jährlich über 100.000 Aufträge in einem Gesamtwert von rund 250.000.000 Euro. Gerade für mittelständische Betriebe ist es lohnenswert, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Hierbei sind jedoch einige Spielregeln zu beachten.

KAUM EIN ZWEITES Rechtsgebiet hat sich in den letzten Jahren so intensiv fortentwickelt wie das Vergaberecht. Grund hierfür sind zum einen zahlreiche europäische Richtlinien, die unter anderem die Regelungen der VOL/A, der VOB/A und auch der VOF erheblich modifiziert, bzw. erst in Kraft haben treten lassen. Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge ist seit dem 1.1.1999 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelt. Die durch das Vergaberechtsänderungsgesetz eingefügten Vorschriften bieten dem Unternehmen, welches sich an einer öffentlichen Ausschreibung beteiligt, erstmals subjektive Rechte auf Einhaltung der Vergabevorschriften. Bei einer Verletzung dieser Vorschriften steht dem Unternehmen der Rechtsweg offen.

Das Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge

Die allgemeinen Grundsätze des Vergaberechts sind in den §§ 97, ff. GWB geregelt. Nach § 97 GWB zielt das Vergaberecht vor allem auf größtmöglichen Wettbewerb und Transparenz im Vergabeverfahren. Es gilt grundsätzlich ein striktes Gleichbehandlungsgebot für alle am Vergabeverfahren Interessierten. Nach § 97 Abs. 3 GWB soll mittelständischen Interessen vornehmlich durch die Teilung der Aufträge in Fach- und Teillose Rechnung getragen werden. Die bietenden Unternehmen müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein; § 97 Abs. 4 GWB. Zusätzliche Anforderungen, wie z.B. umweltfreundliches Produktionsverfahren,

Frauenförderung, etc. dürfen nur dann gestellt werden, wenn sie durch Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben sind. Den Zuschlag erhält, wer das wirtschaftlichste Angebot abgibt. Nach § 97 Abs. 6 GWB kann die Bundesregierung nähere Bestimmungen über das bei der Vergabe einzuhaltende Verfahren erlassen. Hierunter fallen insbesondere die Vergabeordnung (VgV) und die Verdingungsordnungen (VOL, VOB und VOF).

Rechtsschutz für Unternehmen

Jedes Unternehmen, das durch die Entscheidung über die Vergabe eines öffentlichen Auftrages in seinem subjektiven Recht auf Einhaltung der vergaberechtlichen Vorschriften verletzt ist und dadurch einen Schaden

erlitten hat, kann das Vergabeverfahren überprüfen lassen. Seit Inkrafttreten des GWB am 1.1.1999 sind bislang mehr als 3.000 Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern und den zuständigen Oberlandesgerichten geführt worden.

DIE VERGABEKAMMER kann nur dann erfolgreich angerufen werden, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits unverzüglich gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Nach § 13 VgV muss der Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll und über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes informieren. Der Bieter muss dann unverzüglich einen möglichen Verstoß gegenüber dem Auftraggeber rügen.

WENN DER Rüge nicht abgeholfen wird – was die Regel ist

– kann der Bieter die Vergabekammer anrufen. Hierbei handelt es sich um eine „Verwaltungsinstanz“, die durch Verwaltungsakt darüber entscheidet, ob der Bieter in seinen Rechten verletzt ist. Die Gebühr für das Verfahren bei der Vergabekammer beträgt in der Regel zwischen 2.500 und 25.000 Euro, je nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Angelegenheit und dem damit verbundenen Aufwand. Setzt sich der Bieter bei der Vergabekammer mit seinem Antrag durch, so steht ihm ein Anspruch auf Kostenerstattung gegenüber dem Auftraggeber zu.

GEGEN DIE Entscheidung der Vergabekammer kann innerhalb von zwei Wochen ab Zustellung der Entscheidung der Vergabekammer sofortige Beschwerde beim Oberlandesgericht erhoben werden. Die Kosten im Verfahren vor dem Beschwerdegericht richten sich nach dem Gerichtskostengesetz, bzw. nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz. Im Falle des Obsiegens bestehen auch hier Kostenerstattungsansprüche.

Schadensersatz

Stellt sich heraus, dass der Auftraggeber gegen eine den Schutz von Unternehmen bezweckende Vorschrift verstoßen hat, so kann der betroffene Bieter anstelle der Überprüfung des Vergabeverfahrens sogleich Schadensersatz beanspruchen, nämlich den Ersatz aller Kosten, die ihm durch die Teilnahme am Vergabeverfahren entstanden sind. Darüber hinausgehend kann der Bieter auch den ihm entgangenen Gewinn geltend machen. In diesem Fall muss er allerdings nachweisen, dass er den Auftrag erhalten hätte.

*Dr. Hansjörg Haack
Rechtsanwalt in Osnabrück*

DREI VERFAHREN

Will die öffentliche Hand Aufträge vergeben, so stehen ihr grundsätzlich drei Verfahren zur Verfügung:

1. öffentliche Ausschreibung

Bei der öffentlichen Ausschreibung muss das einzelne Beschaffungsvorhaben öffentlich bekannt gemacht werden. Es sollen möglichst viele Angebote abgegeben werden, damit im uneingeschränkten Wettbewerb das wirtschaftlichste Angebot ermittelt werden kann. Dieses Verfahren stellt das Regelverfahren dar.

2. beschränkte Ausschreibung

In diesem Fall fordert der öffentliche Auftraggeber nur eine begrenzte Anzahl von Unternehmen auf, ein Angebot abzugeben.

3. freihändige Vergabe

Im Rahmen der freihändigen Vergabe beteiligt der öffentliche Auftraggeber nur ganz wenige Unternehmen.

Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen... Durch Vorbereitung die Redewirkung multiplizieren

Von Gerhard
und Oliver Reichel

Kaum eine zweite Fähigkeit hilft schneller, ein positives Image aufzubauen, wie die Fähigkeit zur öffentlichen Rede. Für die meisten Menschen verfügt einer, der den Mut hat, sich da vorne hinzustellen und den Mund aufzumachen, über bewundernswerte, ja übermenschliche Kräfte.



Die sorgfältige Recherche und Vorbereitung ist das A und O jeder guten Rede.

AUF EINEM KONGRESS wurde ein Schriftsteller gebeten, eine kurze Ansprache zu halten. „Bedauere“, sagte er, „wenn ich zehn Minuten sprechen soll, muss ich das zwei Wochen vorher wissen.“ „Wie lange brauchen Sie denn zur Vorbereitung, wenn Sie eine Stunde sprechen sollen?“ fragte man ihn verwundert. „Drei Tage.“ „Und wenn die Rede drei Stunden dauern soll?“ „Dann kann ich sofort beginnen.“

HAND AUFS Herz: Würden Sie sich zu einem Tennisturnier anmelden, wenn Sie wüssten, dass Ihre Kondition nur für einen Satz reicht? Würden Sie an einem Marathon-Lauf teilnehmen, wenn Sie befürchten müssten, dass Ihnen bereits nach einer halben Stunde die Zunge heraushängt? Würden Sie auf's Geradewohl in den Urlaub fahren, ohne für die „wertvollsten Wochen des Jahres“ sorgfältigste Vorbereitungen zu treffen? Weil sie sich nicht vorbereitet haben, erleben viele Menschen immer wieder Enttäuschungen. Dies gilt besonders für das Reden. Ist Ihnen klar, dass eine Rede, die sich vom Durchschnitt

abheben soll, überdurchschnittlich gut vorbereitet sein muss?

CHURCHILL ARBEITETE seine großen parlamentarischen Reden bis ins kleinste Detail aus. Die wichtigsten Partien lernte er auswendig. Roosevelt arbeitete besonders lang an seiner berühmten Rede über die Behebung der Wirtschaftskrise. Einen Entwurf nach dem anderen verwarf er. Den endgültigen Entwurf las er dann noch einem Anstreicher des Weißen Hauses vor. „Wenn Sie etwas nicht verstehen, unterbrechen Sie mich“, bat er ihn. Der Mann unterbrach die Rede an drei Stellen. Prompt korrigierte der Präsident die jeweilige Formulierung. Auch Präsident Kennedy überließ nichts dem Zufall. Ein besonders beeindruckendes Beispiel für sorgfältige Vorbereitung bietet seine Antrittsrede. Sein langjähriger Mitarbeiter Schlesinger schreibt darüber: „Keine Kennedy-Rede wurde so oft umgeschrieben wie diese. Jeder Absatz und jeder Satz wurden immer wieder neu formuliert, überarbeitet und gekürzt.“ Hier erfahren Sie, wie Sie eine Rede vorbereiten können,

um sie zu einem Bombenerfolg zu machen.

Ohne Vorbereitung kein Ergebnis

Es gibt eine Krankheit, die ist unheimlich weit verbreitet: die „Aufschieberitis“. Es ist, als sei man in Treibsand geraten. Je länger man wartet, je länger man den ersten Schritt hinausschiebt, desto tiefer sinkt man ein. Erkennen Sie, was es für eine Barriere auf dem Weg zu Ihrem Redeerfolg ist, wenn Sie die Vorbereitung immer wieder hinauszögern? Sie geraten immer mehr unter Zeitdruck. Gedanken und Ideen aber lassen Sie nicht im Zeittakt des Fließbandes produzieren. Die Rede muss langsam in Ihnen wachsen. Wenn Sie rechtzeitig mit dem Vorbereiten beginnen, werden Sie etwas Seltsames erleben: Sie werden kein Buch, keine Zeitung, keine Zeitschrift lesen, Sie werden keinen Film anschauen, keine Rundfunksendung hören, ohne dass in Ihrem Gehirn permanent gleichsam ein rotes Lämpchen brennt, das Ihnen signalisiert: Ist hier irgend etwas dabei, das du für deinen Vortrag verwenden kannst?

Die Systemformel Z-A-U-M

Zum systematischen Vorbereiten gehört vor allem eine überlegte Anordnung der einzelnen Arbeitsgänge. Wichtig ist: Einen Schritt nach dem anderen tun und auf keinen Fall einen Schritt auslassen. Systematisch vorbereiten heißt: Punkt für Punkt durchchecken und beim Vorbereiten Ihrer Reden mit der Systemformel Z-A-U-M (Ziel – Adresse – Umfeld – Mittel) arbeiten.

Bestimmen Sie zuerst Ihr Ziel

Ich erinnere mich noch gut an eine Vorlesung, bei der der Professor unsere Aufmerksamkeit plötzlich stark fesselte: „Viele Durchschnittsmenschen, meine Damen und Herren, versagen deshalb, weil sie es nicht gelernt haben, ihre Kräfte zu beherrschen und zu sammeln. Sehen Sie sich dieses Blatt Papier in meiner Hand an. Die Sonnenstrahlen fallen durch das Fenster von draußen darauf. Aber sie haben so gut wie keine Wirkung. Wenn ich die Strahlen jedoch mit Hilfe dieses Brennglases in einem Punkt vereinige, verursachen sie eine starke Hitze. Sehen Sie den Rauch? In kürzester Zeit

Bücher
für Sie gelesen
von G.K.

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

Werner Pepels
200 Seiten, Paperback, 33,- Euro
expert Verlag, ISBN 3-8169-2454-9

Wie bildet man sinnvolle Kennzahlen quer durch alle betriebswirtschaftlichen Disziplinen und wie vermeidet man Fehlinterpretationen, die in falschen Entscheidungen enden? Hier setzt das Taschenbuch an: Es deckt wesentliche Funktionsbereiche wie Beschaffung, Bilanzierung, Finanzierung, Logistik, Produktion und Personal ab. Die Autoren legen in ihren Beiträgen Wert auf Anwendungsbezug und Problemorientierung. Fundiert recherchiert und leicht verständlich geschrieben ist das Buch ein Praxishelfer.



Unternehmensbewertung für Klein- und Mittelbetriebe

Stefan Behringer
286 Seiten, Paperback, 44,80 Euro
Erich Schmidt Verlag, ISBN 3-503-07847-9

Unternehmensbewertungen werden meist in Situationen notwendig, die als Weichenstellung für das weitere Schicksal der Firma und der mit ihr verbundenen Personen empfunden werden. Das Buch stellt praktisch an-

wendbare Verfahrensweisen vor, ergänzt um Arbeitshilfen in Form von Tabellen und Checklisten.



Kopf oder Zettel?

Oliver Geisselhart
Hardcover, 29,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 3-89749-561-9

Das Buch soll helfen, die eigene Gedächtnisleistung zu optimieren und zu vervielfältigen. Buch und CD vermitteln dem eifrigen Leser und Nutzer, sich Namen und Gesichter sofort zu merken, Reden und Vorträge frei zu halten, Vokabeln und Fachbegriffe sicher abzuspeichern oder gar den eigenen Terminkalender im Kopf zu haben. Ein hoher Anspruch, der sicherlich ganz wesentlich auch davon abhängt, wie intensiv man Buch und CD nutzt.

Positionierung – Das erfolgreichste Marketing auf unserem Planeten

Peter Sawtschenko
296 Seiten, Hardcover, 24,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 3-89749-506-6

Das Buch vermittelt eine neue Sicht auf Marktnischen und Positionierungschancen. Anhand zahlreicher Beispiele aus seiner Be-

rufspraxis beschreibt der Autor und Praxisexperte, wie man seine Ziele erreichen kann. Die Anleitungen überzeugen auch Einsteiger, die eigenen Chancen zu erkennen und das eigene Unternehmen ebenso wie die Wettbewerber mit anderen Augen zu sehen.

Kauf und Verkauf mittelständischer Unternehmen

Nüsser/Nacken
Paperback, 356 Seiten, 39,- Euro
Deubner Verlag, ISBN 3-88606-608-8

Dieser Praxisleitfaden für Unternehmer und Steuerberater will dabei helfen, Fehler beim Unternehmenskauf oder -verkauf zu vermeiden. Orientiert am chronologischen Ablauf einer Unternehmenstransaktion werden die Details der Abwicklung und die jeweiligen Besonderheiten strukturiert und leicht nachvollziehbar dargestellt. Denn ohne umfassende Kenntnisse und kompetente Beratung können sich Übernahme oder Verkauf schnell zum Desaster entwickeln.



wird die Hitze ein Loch in das Papier brennen.“ Dann wies uns der Professor darauf hin, dass nur der Mensch erfolgreich ist, der es versteht, seine zersplitterten Kräfte in einem Brennpunkt zu bündeln. Auf die Vorbereitung Ihrer Rede übertragen, bedeutet das: Konzentrieren Sie den Inhalt Ihres Vortrages brennpunktartig in einem einzigen Zielsatz. Fragen Sie sich: Was ist mein Hauptziel? Was will ich erreichen? Worauf will ich hinaus?

Wer sind die Adressaten?

„Das Vorbereiten einer Rede ist eine sehr einsame Tätigkeit: ganz auf sich allein gestellt, muss der Redner versuchen, das schrecklich leere weiße Blatt mit sinnvollen Sätzen zu füllen.“ Was für ein dummes Vorurteil! Gerade beim Schreiben Ihrer Rede nämlich sind Sie sehr intensiv in „Gesellschaft“ – in der Ihrer Zuhörer, die Ihnen bereits über die Schulter gucken und jedes Ihrer Worte sofort begutachten. Mit anderen Worten: Sie bereiten sich erst dann wirksam vor, wenn Sie sich beim Erstellen Ihres Manuskriptes bei jedem Wort vorstellen können, was Ih-

re Zuhörer davon halten werden. Das heißt nun nicht etwa, dass Sie dauernd auf deren Zustimmung hin arbeiten sollten. Im Gegenteil: oft ist es noch wichtiger, die Zuhörer zum Widerspruch herauszufordern.

Das optimale Rede-Umfeld

Kommunikation findet niemals im leeren Raum statt. Sie ist immer in ein Umfeld eingebettet, durch das sie erheblich beeinflusst werden kann. Es ist von Bedeutung, zu welcher Tageszeit Sie reden, ob Sie als Gast oder Hausherr reden, ob Ihnen der Raum fremd oder vertraut ist. Ich bin oft erstaunt, wie leicht sich auch Menschen in gereiftem Alter von Nebensächlichkeiten und Störungen ablenken lassen: zum Beispiel vom Zuhörer, der zu spät kommt, vom Kellner, der die Getränkebestellung aufnimmt oder vom Nachbarn, dessen Feuerzeug nicht funktioniert. Bedauerlicherweise multiplizieren sich solche Störungen. Denn nicht nur der Zuhörer, der von der Störung betroffen ist, verliert die Konzentration, sondern stets auch einige Nächstsitzen-



Der Mut, „sich da vorne hinzustellen“ wird von vielen Menschen bewundert.

CICERO

Der berühmte Staatsmann und Philosoph Marcus Tullius Cicero (106-43 v.Chr.) ist allein durch die Macht seines Geistes und seiner Beredsamkeit an die Spitze des römischen Staates gelangt. Er sah die freie Rede und Gegenrede als Grundlage des privaten Wohls und des Gemeinwohls an. Als Praktiker und Theoretiker der Rhetorik ist Cicero eines der bedeutendsten Vorbilder, die die Antike der modernen Kommunikationsgesellschaft überliefert hat.



Der bedeutendste Redner Roms, in dessen Werken die kunstmäßige lateinische Prosa am höchsten ausgebildet ist, war nach sorgfältiger Jugendbildung in Rom als Anwalt tätig und fand trotz seiner Herkunft aus dem Mittelstand einer kleinen Provinzhauptstadt (Arpinum im Liristal) als „homo novus“ dank seiner Begabung, seiner erstaunlichen Arbeitskraft und schließlich auch seines nicht unberechtigten Ehrgeizes Zugang zu den höchsten Staatsämtern.

de, die sich ebenfalls mit ablenken lassen. Nur zehn Sekunden Ablenkung aber lassen den einzelnen Zuhörer manchmal minutenlang nicht mehr den gedanklichen Anschluss finden.

de, die sich ebenfalls mit ablenken lassen. Nur zehn Sekunden Ablenkung aber lassen den einzelnen Zuhörer manchmal minutenlang nicht mehr den gedanklichen Anschluss finden.

Vom Arbeitstitel zum Manuskript

In der Praxis hat es sich bewährt, wenn Sie beim Einsatz der Mittel in folgenden zehn Schritten vorgehen:

Schritt 1: Wählen Sie einen Arbeitstitel

Der Titel Ihres Vortrages macht Ihre Zuhörer neugierig. Je schlagkräftiger er ist, desto größer die Köderwirkung. Macht Sie die Schlagzeile in der Zeitung nicht auch neugierig? Einen guten Titel zu finden, ist aber gar nicht so einfach. Besonders, wenn man noch nicht viel Stoff hat. Deshalb wählen Sie vorerst nur einen Arbeitstitel.

Schritt 2: Erste Stoffsammlung

Bei der ersten Stoffsammlung gehen Sie genauso vor wie der Anfänger beim Briefmarkensammeln: Sie sammeln alles, was Ihnen in die Finger kommt. Alles.

Werfen Sie nichts weg! Wer weiß, ob Sie es später nicht doch brauchen können? Wie sammelt man nun Stoff? Drei Möglichkeiten bieten sich Ihnen an: Sammeln Sie eigene Gedanken und Ideen; informieren Sie sich in der einschlägigen Literatur/im Internet oder führen Sie Gespräche.

Werfen Sie nichts weg! Wer weiß, ob Sie es später nicht doch brauchen können? Wie sammelt man nun Stoff? Drei Möglichkeiten bieten sich Ihnen an: Sammeln Sie eigene Gedanken und Ideen; informieren Sie sich in der einschlägigen Literatur/im Internet oder führen Sie Gespräche.

Schritt 3: Vorläufige Gliederung

Bei uns herrscht Ordnung! Ein Griff – und schon beginnt die Sucherei. Wie sagte Georg Thoma: „Wer seine Sachen in Ordnung hält, ist bloß zu faul zu suchen.“ Auch eine Einstellung! Wenn Sie dagegen anderer Meinung sind und Zeit sparen wollen, sollten Sie auf dieser Stufe Ihrer Vorbereitung Ihr Material ordnen, vorläufig gliedern und in eine bestimmte Reihenfolge bringen. Die vorläufige Gliederung hat für Sie drei Vorteile: Sie gewinnen Übersicht, können auswählen und befreien sich von Ballast.

Schritt 4: Materialergänzung und erste Ausarbeitung

Gehen Sie jetzt noch einmal Ihr erstes Gliederungskonzept durch. Sie werden wahrschein-

lich Lücken entdecken, die Sie noch schließen müssen. Suchen Sie – mit Ihrem Gliederungskonzept im Kopf – noch einmal gezielt in Fachbüchern, Fachzeitschriften, bei Fachverbänden und Instituten nach dem fehlenden Material. Durchforschen Sie Ihr Leben nach persönlichen Erlebnissen, die Sie zu diesem Thema hatten. Stellen Sie Zusammenhänge her. Fügen Sie Beispiele, Vergleiche, Anekdoten und kleine Geschichten ein. Diskutieren und besprechen Sie Ihr Thema mit Kollegen und Bekannten. Fragen Sie diese gezielt nach deren Meinung.

Schritt 5: Endgültige Gliederung

Sie bringen jetzt Ihr gesamtes Material in die richtige Reihenfolge. Ist die Gliederung sinnvoll? Entspricht der Umfang der einzelnen Gliederungspunkte ihrer Bedeutung? Leisten alle Gliederungspunkte einen Beitrag zum Ziel Ihres Vortrages? Stellen Sie sich auch jetzt wieder Ihr Publikum vor. Was wollen Sie ihm sagen? Worauf wollen Sie hinaus? Achten Sie auf Klarheit und leichte Verständlichkeit, auf den inneren Zusammenhang Ihrer Ideen und auf die folgerichtige, sinnvolle Gedankenentwicklung. Ihr Vor-

trag ist jetzt inhaltlich abgeschlossen und gegliedert.

Schritt 6: Formulieren Sie einen schlagkräftigen Titel

Warum haben wir uns das Formulieren des Titels bis jetzt aufgehoben? Weil wir erst jetzt genau wissen, was die Rede enthält und wie sie aufgebaut ist. Es wird uns jetzt auch leichter fallen, den Titel mit Blick auf den Zuhörer zu formulieren. Vergessen Sie nicht: Der Titel soll Köderwirkung haben. Vorsicht aber: Er sollte nicht marktschreierisch sein und nicht zu hohe Erwartungen wecken.

Schritt 7: Endkontrolle

Vollenden heißt auch, scheinbar kleine Einzelheiten zu verbessern. Nach einer Woche kreativer Entspannung nehmen Sie jetzt wieder Ihre Unterlagen zur Hand. Checken Sie Ihren Vortrag auf die folgenden Punkte hin durch:

- Habe ich im „Eifer des Gefechtes“ einem Tatbestand zu viel Gewicht beigemessen?
- Ist ein anderer dafür zu kurz gekommen?
- Treten die Kernsätze deutlich genug hervor?
- Ist ein roter Faden erkennbar?
- Ist der Vortrag logisch aufgebaut?

- Stimmen die Proportionen der einzelnen Abschnitte?
- Trifft der Vortrag die Interessen des Publikums?
- Ist die Beweisführung schlüssig?
- Stimmen die Übergänge? Sie werden bei der Endkontrolle feststellen, dass dies und jenes doch noch überflüssig oder nebensächlich ist. Streichen Sie es! Wenn Sie schon sehr viel rhetorische Erfahrung haben oder Ihre Zeit extrem knapp ist, dürfen Sie den folgenden Schritt Nr. 8 auslassen und den übernächsten tun. Haben Sie noch nicht so viel Routine, sollten Sie ihn in jedem Fall zum Training nutzen.

Schritt 8: Die wortwörtliche Ausformulierung

Sie schreiben Ihren Vortrag auf. Wort für Wort. Sie sprechen dabei halblaut vor sich hin. Warum? Weil Sie so am leichtesten über das Papierdeutsch hinwegkommen. Stellen Sie sich auch jetzt wieder vor, wie Ihnen Ihre imaginären Zuhörer beim Schreiben über die Schulter gucken und Sie unablässig mahnen: Eine Rede ist keine Schreibung! Welche Vorteile hat das wortwörtliche Ausformulieren? Beim Aufschreiben haben Sie genügend Zeit, nach dem treffenden Wort zu suchen. Sie verbessern so Ihren Redestil. Durch die motorische Bewegung des Schreibens prägt sich der Stoff leichter ein.

Schritt 9: Die Manuskripterstellung

Würden Sie es einem Hochseilartisten verübeln, wenn er hoch in der Zirkuskuppel zu seiner Sicherheit mit einem Netz arbeitet? Sicher nicht. Warum sollte er ein unnötiges Risiko eingehen? Genauso wenig verübeln es Ihnen Ihre Zuhörer, wenn Sie mit einem Stichwortmanuskript arbeiten. Auch wenn Sie der Meinung sind, kein Manuskript nötig zu haben, nehmen Sie einen Stich-

wortzettel mit ans Rednerpult. Denn allein die Gewissheit, einen Rettungsanker dabei zu haben, hilft Ihnen, selbstsicherer zu werden. Sie wissen genau: Mir kann eigentlich gar nichts passieren, auch wenn ich stecken bleibe. Mein Manuskript hilft mir weiter.

Schritt 10: Die Generalprobe

Zugegeben: In jedem Gespräch ist es wichtig, sich gut darzustellen. Umso wichtiger ist dies jedoch, wenn Sie vor Publikum eine Rede halten sollen. Ohne Vorbereitung kann dies leicht zum Fiasko werden. Es ist noch kein Rhetorik-Meister vom Himmel gefallen. Wenn Sie erkennen, wie wichtig die Vorbereitung ist, können Sie Ihre Wirkung um ein Vielfaches multiplizieren. Damit nutzen Sie die Chance, sich von anderen abzuheben.

Nur noch digital

Zum 1. Januar 2006 müssen Lohnabrechner sich auf zahlreiche Änderungen vorbereiten. Die Pflicht zur elektronischen Datenübermittlung wird auf Beitragsnachweise und DEÜV-Meldungen an die Sozialversicherungsträger ausgeweitet. Von den Krankenkassen werden diese Daten nur noch online angenommen. Durch die Zusammenarbeit mit Ihrem Steuerberater minimieren Sie den Aufwand bei der Lohnabrechnung. Er übermittelt Ihre Daten korrekt und pünktlich – mit Hilfe des DATEV-Rechenzentrums, der Datendrehzscheibe zwischen Unternehmen, Ämtern und Institutionen. DATEV eG, 90329 Nürnberg. www.datev.de



DER AUTOR



Gerhard Reichel, Institut für Rhetorik, Forchheim, hat sich in mehr als 30 Jahren einen exzellenten Ruf als Rhetorik-Trainer erarbeitet. Unternehmer, Politiker und Führungskräfte schätzen das Know-how und die Persönlichkeit des mehrfachen Buchautors und gefragten Referenten. Sein 1975 gegründetes Institut für Rhetorik zählt mittlerweile zu den ersten Adressen Deutschlands. Die Teilnehmer lernen, in Kleingruppen souverän zu kommunizieren, lebendig zu reden und gehen damit als Persönlichkeit gestärkt neue Wege. Seit 1997 ergänzt Oliver Reichel mit den Spezialgebieten Rhetorik und Memotechnik das Programm, denn nur mit einem unschlagbaren Gedächtnis wird der Traum, ein Redner mit Ausstrahlung zu werden, auch Wirklichkeit.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Gerhard Reichel, Institut für Rhetorik, Goethestraße 1, 91301 Forchheim, Tel.: 09191/89501, Fax: 09191/2801, per E-Mail reichel.seminare@t-online.de oder online unter <http://www.gerhard-reichel.de>.

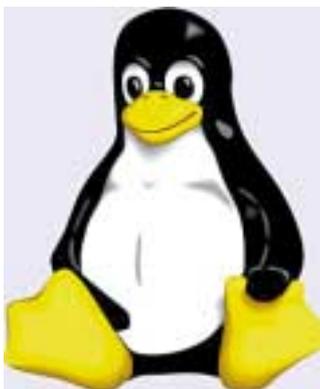
Kampf um den Desktop

Freie Software, wie zum Beispiel das Betriebssystem Linux, hat auch im Mittelstand Fans. Ist eine Umstellung aber auch für kleinere Betriebe ratsam?

ES MUSS NICHT immer Microsoft sein. Die Mehrzahl der Server und Arbeitsplatz-PCs in deutschen Unternehmen wird von Windows-Systemen des Marktführers aus Redmond bei Seattle betrieben. Und auch bei Anwendungen wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Mail-Verwaltung hat Microsoft-Software die Nase deutlich vorn. Allerdings bekommen die Amerikaner die weltweite Konkurrenz der Produzenten von freier Software immer stärker zu spüren. Vor allem auf Servern hat das Betriebssystem Linux seinen Marktanteil bereits kräftig erhöht.

DAS KASSELER Marktforschungsunternehmens Tech-Consult schätzt den Anteil der deutschen Unternehmen, die Linux für den Betrieb ihrer Server einsetzen auf 27 Prozent. Nur fünf Prozent betreiben allerdings auch die einzelnen PC-Arbeitsplätze mit Linux.

DIE BEFÜRWORDER von freier Software verweisen auf mögliche Kostenersparnisse durch Software,



Linux – die bekannteste aller freien IT-Programme.

bei der der Quellcode für jedermann zugänglich ist. Die Free Software Foundation Europe (FSFE) verweist auf Studien, nach denen mittelständische Unternehmen bis zu 40 Prozent der Kosten sparen, wenn sie freie Software nutzen. freie Software stellt oft geringere Anforderungen an die Hardware und Lizenzen sind in der Regel günstiger oder kostenlos zu bekommen. Die Kosten für Pflege und Betreuung der Freien-Software-Systeme durch Dienstleister müssen zumindest nicht mehr höher sein als für Standardsoftware, ergänzt die FSFE.

ABER SIND die freien Programme wirklich auch ein Vorteil für kleine und mittelständische Betriebe? Thorsten Wichmann, Geschäftsführer des Berliner IT-Marktforschungsunternehmens Berlecon Research, ist da skeptisch. Ganz verzichten könne ein Unternehmen nicht auf das Betriebssystem von Microsoft, da viele Anwendungsprogramme nicht auf Linux funktionieren. Und der parallele Betrieb von zwei Systemen sei kleinen Firmen nicht zu empfehlen, meint der Berlecon-Research-Experte. Doch auch Wichmann bestätigt, dass freie Software Kostenvorteile bieten kann. So auch, weil sie individuell an die Hardware angepasst werden kann. Für Fachleute ist der freie Zugang zum Quelltext der Programme ein unschätzbare Wert. Sie können die Programmzeilen der Software an die Hardware oder auch für die Integration in an-



dere Softwaresysteme selbst verändern. Das setzt freilich voraus, dass die Unternehmen über die nötigen Kompetenzen in der eigenen IT-Abteilung verfügen oder zumindest in der Lage ist, einen geeigneten Dienstleister auszuwählen.

KLEINE BÜROS, die in der Regel über diese Kompetenzen nicht

verfügen, berät Lars Jochimsen, Geschäftsführer der Kompakt Net GmbH in Berlin. Er sieht für diese Firmen den sinnvollen Einsatz von Linux in der Regel nur als Betriebssystem auf dem Server. Dort empfiehlt er oft die freie Software, um Lizenzgebühren zu sparen. An den einzelnen Arbeitsplätzen rät der Experte hingegen den Kleinunternehmern, bei Windows und dem Microsoft-Office-Programmen zu bleiben. Das entspräche aber auch in den allermeisten Fällen den Wünschen seiner Kunden. Der Aufwand, Linux zu lernen, wird gescheut.

ALLERDINGS GIBT es auch Kleinunternehmer, die mit Erfolg weitestgehend ohne Microsoft auskommen. So zum Beispiel die Berliner Firma Regis 24 GmbH, die Behörden-Dienstleistungen über das Internet zur Verfügung stellt. Sie hat nur noch einen Windows-Arbeitsplatz im Büro, weil zwei der benötigten Anwendungs-Spezialprogramme nicht unter Linux laufen. Ansonsten arbeiten alle Regis-Mitarbeiter unter Linux mit Open-Office-Software für Textverarbeitung und Tabellenkalkulation.

Michael Gneuss

WAS IST FREIE SOFTWARE:

Nach Definition der Free Software Foundation muss Software über vier Freiheiten verfügen, um wirklich frei zu sein:

1. Die Freiheit, das Programm für jeden Zweck ausführen zu können.
2. Die Freiheit, die Funktionsweise eines Programms

untersuchen und an eigene Bedürfnisse anpassen zu können.

3. Die Freiheit, Kopien weitergeben und damit dem Nachbarn helfen zu können.
4. Die Freiheit, ein Programm verbessern und die Verbesserungen an die Öffentlichkeit bringen zu können.

BEISPIEL FÜR FREIE SOFTWARE:

Betriebssystem – **Linux**
 Textverarbeitung, Tabellenkalkulation – **Open Office**
 E-Mail-Programm – **Thunderbird**
 Internet-Browser – **Firefox**

Mittelstandspolitik

Zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturprojekte hat Hessen einen Gesetzentwurf in den **Bundesrat** eingebracht. Ziel der Initiative ist die Entschlackung des Wildwuchses im Genehmigungsrecht und eine Neugewichtung von Umweltauflagen zu wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten u. a. durch den Wegfall des Raumordnungsverfahrens, weniger Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Verlängerung der Geltungsdauer von Planfeststellungsbeschlüssen auf 10 Jahre. Damit könnten laut Experten Investitionen bis zu 6 Jahre früher realisiert werden.

Die CDU-Landtagsfraktion in **Mecklenburg-Vorpommern** hat die Landesregierung aufgefordert, endlich gegen Doppel- und Parallelabfragen im Mittelstand aktiv zu werden und auf Bundesebene eine Initiative zur Reduzierung und Koordinierung von Statistikpflichten auf den Weg zu bringen. Der dritte Regulierungsbericht zeige trotz aller Beuerungen die Untätigkeit der Landesregierung, die sich hinter Zuständigkeitsfragen verstecke.

Die CDU-Landtagsfraktion in **Thüringen** hat dem Zeulenrodaer Unternehmer Hans B. Bauernfeind zum Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung gratuliert und ihn als Maßstabe setzende Unternehmerpersönlichkeit gewürdigt.

Mit großer Mehrheit hat sich der **Sächsische Landtag** für eine Fortführung der Investitionszulage über das Jahr 2006 hinaus ausgesprochen. Ansiedlungserfolge in den Neuen Ländern zeigten die Effektivität dieses zielgerichteten Förderinstruments, das vor allem dem Mittelstand zugute komme.

Um Verödung und Leerstand beim Einzelhandel in City-La-

gen entgegenzuwirken hat die CDU-Fraktion im **Hessischen Landtag** den Gesetzentwurf zur Belebung und Steigerung der Attraktivität von Innenstädten (INGE) auf den Weg gebracht. Nach dem Vorbild der USA und Kanadas sollen damit freiwillige Initiativen von Geschäftsinhabern und Eigentümern eine gesetzliche Grundlage erhalten, um so die Entwicklung innerstädtischer Geschäftsquartiere zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Sprecher aller **Unions-Landtagsfraktionen** haben auf ihrer Sprechertagung in Magdeburg die künftige Bundesregierung aufgefordert, eine Entbürokratisierungsoffensive mit konkretem Zeitplan festzuschreiben, zur Verbesserung der Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen die Ist-Versteuergrenze deutlich zu erhöhen, Energiekosten zu senken und Unternehmensziele bei EU-Vorschriften besser zu berücksichtigen.

Das **Europäische Parlament** hat die neue Eigenkapitalrichtlinie für Banken gebilligt und damit den Weg für Basel II freigemacht, das voraussichtlich 2007 in Kraft tritt. Berichterstatter und SME Circle Vorsitzender Alexander Radwan, MdEP, erreichte in den Verhandlungen mit der Kommission ein Rückholrecht des Parlaments für die Durchführungsvorschriften, höhere Transparenzpflichten der Banken über ihre Ratingverfahren und eine Reihe von Vereinfachungen für kleinere Institute und Verbundgruppen, die in Deutschland die Hauptlast der Kreditversorgung des Mittelstands tragen. Hierzulande gängige staatlich rückversicherte Garantien von Bürgschaftsbanken verbleiben dauerhaft im günstigen Standardansatz. Die Zustimmung der EU-Regierungschefs Ende des Jahres gilt als sicher.



Auf Initiative der **EVP-Fraktion** hat sich das Europaparlament auf Änderungen zur geplanten EU-Chemikalienrichtlinie (REACH) geeinigt. Nachgeschaltete KMU-Anwender sollen danach Stoffinformationen auf Grundlage von Verwendungs- und Expositionskategorien und nicht bezogen auf einzelne Anwendungen liefern müssen. MIT-Bundesvize Dr. Christian Ehler, MdEP, stimmte gegen den aus seiner Sicht noch nicht ausreichend mittelstandsfreundlichen Kompromiss und forderte weitergehende Korrekturen durch die neuen Bundesregierung.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion in **Bremen** hat angesichts der drastischen Gaspreiserhöhungen in einem Antrag den Senat der Hansestadt aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Entkopplung des Gas- vom Ölpreis einzusetzen und auf eine stärkere Kontrolle des Bundeskartellamtes bei der Preisgestaltung der Energieversorger hinzuwirken.

Angesichts der jüngsten Standortschließungen und Massenentlassungen in der Hauptstadt hat die CDU-Fraktion im **Berliner Abgeordnetenhaus** dem rot-roten Senat Scheitern vorgeworfen und eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss gefordert. Die Entscheidung des Unternehmens Samsung, nach Auslaufen des Fördervertrags seinen Standort zu schließen, mache deutlich, dass die Vergabekonditionen finanzieller Hilfen überdacht und die Förderpolitik des Senates verändert werden müssten.

Auch die **niedersächsische CDU-Landtagsfraktion** fordert eine Neuausrichtung der Förderpolitik. Es sei deutschen Arbeitnehmern schwer vermittelbar, dass sie durch EU-geförderte Betriebsverlagerungen nach Osteuropa ihre Arbeitsplätze verlören und dies auch noch mit eigenen Steuergeldern unterstützen. Deutschland ist größter Netto-Zahler der Europäischen Union. Für die neue Förderperiode sei es unverzichtbar, Lösungen für solche Mitnahmeeffekte zu finden. Auch die Förderkulisse der neuen Bundesländer müsse überdacht werden, da das Fördergefälle an den Grenzen zu den alten Bundesländern gerade in strukturschwachen Regionen zu Verwerfungen besonders im niedersächsischen Mittelstand geführt habe.

Die neue **nordrhein-westfälische Landesregierung** hat im Düsseldorfer Landtag eine positive Bilanz ihrer ersten 100 Tage gezogen und zugleich zentrale Arbeitsschwerpunkte der nächsten Wochen und Monate benannt. U. a. sollen neue „Gründungsagenturen“ die Beratung von Existenzgründern aus einer Hand einschließlich der Erledigung von Genehmigungsmodalitäten übernehmen (One-Stop-Shop). Die Förderpolitik soll gestrafft und auf Mittelstand, Handwerk und Start-Ups konzentriert werden. Dabei sollen die Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft verstärkt ehemals staatliche Aufgaben übernehmen. *ks*

Grenzerfahrungen sammeln

KONKURRENZDRUCK, ZUNEHMENDER WETTBEWERB – die EU-Osterweiterung ist bekanntermaßen auch für den Standort Deutschland nicht folgenlos. Aber was ein tatkräftiger Mittelständler ist, so verhält er sich nicht wie das Kaninchen vor der Schlange, sondern er gestaltet mit.

SO BEREITEN Unternehmer aus dem westfälischen Werne, dem brandenburgischen Kyritz und dem polnischen Walcz gemeinsam ein deutsch-polnisches Wirtschaftsforum vor. Mitinitiator des Ganzen ist der Vorsit-

zende der MIT-Werne, Carl Reckers.

ERSTE KONKRETE Gespräche zum Ausbau der Wirtschaftskontakte fanden bereits statt. „Eine Partnerschaft lebt von Personen, Freundschaften und Kontakten untereinander. Dies versuchen wir jetzt zwischen den Unternehmern aufzubauen.“ Und so will Reckers spätestens im Frühjahr mit einer Delegation nach Walcz fahren. Mitreisende wird der Einzelhändler unter seinen rund 180 Mitgliedern im MIT-Stadtverband sicher zur Genüge finden.

Den Blick über den Tellerrand...



... wagen hochrangige Vertreter von Wirtschaft, Politik und Verbänden aus West- und Osteuropa sowie Asien jüngst auf der internationalen Konferenz „Mittelstand – eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft“ von Konrad-Adenauer-Stiftung und Deutscher Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) in Berlin. In drei Workshops diskutierten die Teilnehmer Rahmenbedin-

gungen, Märkte und Innovationspotenziale kleiner und mittlerer Unternehmen. Kulturraum- und Landesgrenzenübergreifend wurde schnell deutlich, dass den Mittelstand weltweit strukturell die gleichen Probleme wie Bürokratie, Marktzugänge, mangelnde politische Wahrnehmung oder die Organisation von Technologietransfers plagten. Aber auch, dass Mittelständler in Indonesien genauso wie in der Schweiz von ihrer unternehmerischen Mentalität und ihrer gesellschaftspolitischen Denkweise die gleiche Sprache sprechen. *kss*

WEBTIPP

www.mittelstandskonferenz.de

Unternehmertugenden Neugier, Zuversicht, Beharrlichkeit und Mut

EINE RENOMMIERTE ADRESSE hatte sich die MIT-Mannheim ausgesucht, um ihr neuestes Projekt, den Unternehmertag, offiziell zu starten. Die MIT-Streiter waren zu Gast beim Finanzdienstleister MLP.



Zu Besuch bei MLP: (v.l.n.r.) Bernd Kupfer, Kreisvorsitzender MIT-Mannheim, Manfred Lautenschläger, Gründer MLP, Gerhard Stratthaus, Finanzminister Baden-Württemberg.

MLP-GRÜNDER Manfred Lautenschläger zeigte seinen Weg vom 1969 examinierten Anwalt zum Gründer und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden der MLP AG auf. Dabei machte er deutlich, dass Erfolg in der Selbstständigkeit auf vier unabdingbaren Voraussetzungen beruht: Neugier, Zuversicht, Beharrlichkeit und schlussendlich auch dem Mut zum Risiko. Als weiteren prominenten Redner konnten die MIT-Streiter um Bernd Kupfer den baden-württembergischen Finanzminister Gerhard Stratthaus gewinnen. Er skizzierte die Schwierigkeiten des deutschen Mittelstands,

auch mit Blick auf die Globalisierung und unterstrich, dass die Vorteile der Globalisierung genutzt werden müssten. Finanzexperte Stratthaus mahnte zudem grundlegende Veränderungen in der Steuerpolitik an. So sollten z.B. Unternehmensgewinne, die als Investition in der Firma bleiben, niedrig besteuert werden. Bei Entnahme solle eine höhere Besteuerung vorgenommen werden.

Kooperation vereinbart

DIE UKRAINE IST, nach Russland, das flächenmäßig zweitgrößte Land Europas. Rund 47 Millionen Menschen leben in dem ehemals staatskapitalistischen Land, das längst den Privatisierungsweg eingeschlagen hat. Ein nicht zu unterschätzender Markt, auch für deutsche Unternehmen. Schließlich ist Deutschland nach Russland der zweitwichtigste Außenhandelspartner des Krim-Staates.

NATÜRLICH LEBEN die ukrainischen Außenbeziehungen auch von Partnerschaftsabkommen wie etwa mit der Europäischen Union. Doch mit Leben gefüllt werden Beziehungen besonders durch Kooperationen auf kleinerem und damit persönlichen Nenner. „Menschen müssen mit

Menschen kommunizieren, das ist auch die Basis eines jeden Geschäfts“, so der Ehrenvorsitzende der MIT, Dr. Hansjürgen Doss. So wurde jetzt eine engere Zusammenarbeit zwischen der IHK für Rheinhessen und dem ukrainischen Pendant aus Kiew vereinbart. Darauf verständigten sich Hansjürgen Doss, der auch Präsident der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft ist, der rheinhessische IHK-Geschäftsführer Günter Jertz und der Präsident der ukrainischen Kammer, Serhij Skrypchenko. Konkret wird es bereits Ende Februar 2006. Dann reisen die rheinhessischen Unternehmer zur größten Baumesse, der „Kiev-Build“, in die Ukraine, um ihre Produktpalette vorzustellen.

„Chance 2005“ Hilfe für arbeitslose Jugendliche

MIT 19 PROZENT Jugendarbeitslosigkeit in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen liegt Brandenburg weit über dem Bundesdurchschnitt. Wie auch in den anderen neuen Bundesländern ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt äußerst angespannt. Allein im Osthavelland

Selbstverpflichtung der Organisatoren der Ausbildungsbörse in Falkensee. Gemeinsam wollten CDU-Falkensee und MIT-Havelland in der brandenburgischen Stadt mit anderen Partnern Lehrstellensuchenden und Schulabgängern in spe eine neue mögliche Perspektive eröffnen.



Diskutierten über die Lehrstellensituation in ihrer Region (von links nach rechts): der Bürgermeister von Falkensee, Jürgen Bigalke, im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Thomas Fuhl, der MIT-Vorsitzenden Dr. Eva Huntemann und der CDU-Stadtverordneten Christiane Rickes.

sind 1.037 Jugendliche registriert, die „Ein-Euro-Jobber“ nicht mitgezählt. Jede Anstrengung, diese Schiefelage zu korrigieren und die Jugendlichen nicht im Regen stehen zu lassen, zählt also.

„CHANCE 2005“, so lautete der optimistische Titel, aber auch die

VON DER Alu-Gießerei, über die Bundeswehr, das Auswärtige Amt und eine Klinik bis hin zum Optiker - weit über 60 Ausbildungsbetriebe und -institutionen nahmen teil. Die Kontaktbörse bot den rund 900 Besuchern, also Schülern, Eltern und Lehrern, Gelegenheit, mit Unternehmen ins

Gespräch zu kommen. Dabei konnten sich die Interessierten über Berufsbilder und Ausbildungsprofile informieren. Flankiert wurden die Vier-Augen-Gespräche durch Vorträge. An einem Schwarzen Brett wurden zudem Praktikumsplätze angeboten.

Familienförderung ist Wirtschaftsförderung

DIE GEBURTENRATE IN Deutschland ist nach wie vor im Sinkflug. Die demographischen Herausforderungen der kommenden Jahre vor Augen, bedeutet dies aber: Deutschland muss familienfreundlicher werden. Nach Experten- aber auch Betroffenen-Meinung sollten Familie und Beruf künftig besser vereinbar sein.

EIN THEMA, das auch Bundespräsident Horst Köhler sehr wichtig ist. Um sich vor Ort über Modelle von Ganztagschulen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu informieren, war er unlängst in Jena und besuchte das „Bündnis für

flexible Kinderbetreuung“. Es soll ab 2006 gemeinsam mit Unternehmern der Region weiter zu einem „Bündnis für Familie“ ausgebaut werden.

ZU DEN Bündnispartnern gehört auch Matthias Frommann, Vorsitzender der MIT-Jena. Für ihn ist das Engagement selbstverständlich. Schließlich haben die Mittelständler die Brisanz der Situation erkannt. Kommen sie ihren Mitarbeiterinnen mit flexiblen Lösungen wie Heimarbeit doch längst unkompliziert entgegen. Familie und Beruf wirklich unter einen Hut bringen zu können, ist auch für den Mittelstand relevant.

Foto: A. Knipper



Bundespräsident Professor Horst Köhler mit den Partnern des Jenaer Bündnisses aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Mitgliederangebote

> o2 can do

Profitieren auch Sie von den o2 Business-Tarifen: Durch unsere günstigen Konditionen erhalten Sie einen Nachlass von 15% auf unsere nationalen Mobilfunktarife. Darüber hinaus erwarten Sie noch mehr Vergünstigungen. Mit o2 – Ihrem Spezialisten für mobile Kommunikation. Informieren Sie sich jetzt.

Hotline: (0800) 10 90 990 Code: 80000961



> DIE WELT

DIE WELT steht für tagesaktuelle Nachrichten von höchster journalistischer Qualität, sorgfältig recherchiert und dabei transparent und leicht verständlich aufbereitet. Und das für ein breites Themenspektrum von Politik bis hin zum Sport. Lesen Sie jetzt DIE WELT im Abo und sparen Sie 30 %.

Hotline: (0800) 935 85 37 Code: W0050310100015Z



> ALD

„Schnell – Günstig – Kompetent“ sind zentrale Leitlinien der ALD Lease Finanz. Die ALD bietet Ihnen die Möglichkeit, Ihren neuen Firmenwagen zu kleinen monatlichen Leasingraten fahren zu können. Dabei können Sie zudem auf ein breites Spektrum an Serviceleistungen zurückgreifen. Testen Sie uns!

Hotline: (030) 63 99 30 17 Code: benefits



Flexible Arbeitszeiten

UNTERNEHMER SOLLTEN IN puncto Arbeitszeiten und deren Anpassung an die betriebliche Situation den gewohnt mittelständischen Weg des direkten Gesprächs mit ihren Arbeitnehmern suchen und nicht konfrontativ eine Änderungskündigung angehen.



Arbeitszeiten in Anpassung an die betriebliche Situation regeln.

DAS WAR eine der Botschaften, die die Mitglieder der MIT-Schwerte um ihren stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Dieckmann von ihrem letzten Unternehmer-Fachgespräch mit nach Hause nahmen. Ausgiebig diskutierte man mit Joseph Rohde, Rechtsanwalt aus Münster, über sein Fachgebiet, das Arbeitsrecht.

ROHDE UNTERMAUERTE seine Ausführungen mit bekann-

ten Beispielen flexibler Arbeitszeitmodelle aus der Praxis. Ein Vorgehen, das seiner Meinung nach in kleinen und mittleren Unternehmen noch besser funktionieren müsse, da hier ein engerer menschlicher Kontakt bestehe.

GEMEINSAM BLICKTE die Runde dann auch über die Grenzen: Wovor sich Deutschland noch scheut, praktizieren andere Staaten wie die skandinavischen Länder oder die Niederlande bereits und gestalten Arbeitszeiten sowie Kündigungsschutz flexibler – und bekämpfen so auch die Arbeitslosigkeit.

UM SPITZEN und Flauten im Auftragsbuch gemeinsam mit der Belegschaft auf- und abfangen zu können, diskutierten die Teilnehmer abschließend auch über Arbeitszeitkonten. Als klarer Favorit des Experten kristallisierte sich die Vereinbarung einer Jahresarbeitszeit heraus. Schließlich böte diese sowohl der Unternehmer-, als auch Arbeitnehmerseite eine große Flexibilität.

Schauerte führt weiterhin MIT NRW

DIE NORDRHEIN-WESTFÄLISCHE MIT hat ihren Vorsitzenden Hartmut Schauerte, MdB, auf der Landesdelegiertenversammlung in Bielefeld mit 88 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Der Sauerländer Rechtsanwalt ist zugleich Stellvertretender Bundesvorsitzender und neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Die mehr als 300 Delegierten lobten die Bilanz der ersten sechs Monate der neuen Düsseldorfer Landesregierung. Mit Wirtschaftsministerin Christa Thoben, Finanzminister Helmut Linssen und dem Landes-PKM-Vorsitzenden sowie neuen Fraktionsvize Christian Weiss-

bruch, MdL, gestalte die MIT-NRW in den Schlüsselressorts den neuen Aufbruch für Wirtschaft und Mittelstand an Rhein und Ruhr nach 39 Jahren SPD aktiv mit. Erste Erfolge machten sich bereits bemerkbar. Generalsekretär Hans-Joachim Reck, MdL, übermittelte die Grüße des Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers und dankte für die tatkräftige Unterstützung im Landtagswahlkampf.

IM ZENTRUM der Landestagung stand der am selben Tag in Berlin unterzeichnete Koalitionsvertrag von Union und SPD. Trotz aller berechtigter Kritik daran, was aus dem Wahlprogramm von

Noch'ne große Koalition

Anlässlich eines Gedankenaustauschs erläuterte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen dem MIT-Landesvorsitzenden Momme Thiesen den Fahrplan der neuen Landesregierung, der an den Koalitionsvertrag gekoppelt ist. Er unterstrich, dass er fest entschlossen sei, diesen Fahrplan einzuhalten und abzarbeiten.



Thiesen wies auf zahlreiche Probleme in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft hin, insbesondere auf die des ländlichen Raumes. Zudem lobte Thiesen den guten Kurs der Landesregierung. Mit Blick auf Berlin forderte er, dass es in zentralen Themenfeldern endlich zu massiven Veränderungen und einer Entlastung für den Mittelstand kommen müsse. Nur so könnten in Deutschland wieder Arbeitsplätze entstehen.

MIT und Regierung üben den Schulterchluss

CURT BECKER, JUSTIZMINISTER des Landes Sachsen-Anhalt, folgte der Einladung der Landes-MIT zu deren Funktionsträgerkonferenz. Er unterstrich die gute Zusammenarbeit zwischen MIT und Landesregierung und nannte als Beispiele die enge Zusammenarbeit bei drei Investitionserleichterungsgesetzen. So seien beispielsweise die Bauordnung und das Denkmalschutzgesetz maßgeblich durch die MIT beeinflusst worden. Der Landesvorsitzende Detlef Gürth sprach von einem wichtigen Schritt zu

einer wirtschaftsfreundlicheren Politik. Vieles habe sich nach den Jahren der Stagnation verbessert. Dies sei nicht zuletzt auch ein Verdienst von MIT und schwarz-gelber Landesregierung. Nun gelte es, an diese Erfolge anzuknüpfen. Der Mittelstand im Land sei gut beraten, die Landesregierung auf ihrem Weg zu unterstützen. Die MIT werde das ihrige tun, um die anstehende Landtagswahl am 26. März 2006 zu einem Erfolg für eine CDU-Politik für Wachstum und Beschäftigung werden zu lassen.

Hilfe der MIT die noch offenen Reformbaustellen Arbeitsmarkt und Sozialsysteme unter Führung der Union anzupacken. Schauerte verglich die große Koalition mit einem Joint-Venture im Mittelstand: „Es gibt Aufgaben, die man wegen der Umstände nicht alleine schultern kann und für die man, ob man will oder nicht, einen Partner braucht. Das ist keine Liebesheirat.“

ZU STELLVERTRETENDEN Vorsitzenden wählten die Delegierten Dieter Bischoff, Hans-Günter Burgwinkel, Wolfgang Leyendecker, Dr. Harald Pohlmann und den Europaparlamentarier Dr. Christoph Konrad. *ks*

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT-Borken

Beim westfälischen Kreisverband hat es einen Wechsel an der Spitze gegeben. Dr. Georg Matzel löst Werner Vogel als Vorsitzenden ab. Vogel ist nunmehr Stellvertreter. Auch Dirk Ewering wurde zum Vize gewählt. Silke Sommers ist Pressereferentin.

MIT-Bundesvorstand

MIT-Bundesvorstandsmitglied Marie-Luise Dött, MdB, ist von den Delegierten des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) für drei weitere Jahre zur Bundesvorsitzenden gewählt worden. Dött führt den Verband bereits seit 2001.

Das Mitglied im MIT-Bundesvorstand, der Bochumer Europaabgeordnete Dr. Christoph Konrad, ist in die Delegation für die Beziehungen des Europäischen Parlamentes mit der „Parlamentarischen Versammlung der NATO“ berufen worden.

MIT-Delitzsch-Eilenburg

Roland Hippler wurde zum Vorsitzenden des sächsischen MIT-Kreisverbandes gewählt. Als Stellvertreter steht ihm Matthias Tandler zur Seite. Schatzmeister ist Klaus-Dieter Münch. Beisitzer wurden Dirk Dahmer, Stefanie Gordalla-Wilke und Mike Kühne.

MIT-Hamburg

Bei den Nachwahlen für den Landesvorstand der MIT-Hamburg wurde der bisherige Schatzmeister Volker Ernst neuer stellvertretender Landesvorsitzender. Als Schatzmeister rückte Hjalmar Stemmann auf. Neu im Vorstand ist Gerd Kotoll, der seit einem Jahr den Arbeitskreis „Junger Mittelstand“ innerhalb der MIT-Hamburg leitet.

MIT-Recklinghausen

Peter Zabel löst Manfred Kuhn als MIT-Kreisvorsitzenden ab. Seine Stellvertreter sind Reinhold Exner, Clemens Jepkens, Thomas Vieting, Wolfgang Wacker und Andrea Willmes.

MIT-Viersen

Günter Stammes führt die MIT-Kreisvereinigung auch weiterhin. Stellvertreter wurden Paul Mackes, Günter Teufel und Thomas Timmermanns. Josef Lamozik bleibt Geschäftsführer und Aloys Hülsdünker Schatzmeister.

MIT-Schleswig-Flensburg

Arne Hansen ist neuer Kreisvorsitzender. Beisitzer sind Solvig Zemanek, der MIT-Landesvorsitzende Momme Thiesen, Frauke Reese, Dirk Wohler, Johannes Callsen, MdL, und Rolf Ejvid Sørensen.

Blick hinter die Kulissen

ZUM SIEBTEN MAL richtete die MIT-Harburg-Land ein viertägiges „Chefpraktikum“ aus. 20 Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen aus Winsen und Buchholz konnten sich so einen umfassenden Einblick in das Arbeitsleben eines Mittelständlers verschaffen.

EINE GANZTÄGIGE Vorbereitung stimmte die Teilnehmer ein. Dabei konnten sich auch die gastgebenden Unternehmen präsentieren. Dann begleiteten die Teilnehmer den Praktiker zwei Tage mit offenen Augen. Lernen und erfahren – will heißen benchmarken – hatte dabei oberste Priorität. Projektleiter Hans-Joachim Lem-

cke und der Kreisvorsitzende der MIT-Harburg-Land, Wilfried Uhlmann, wollen mit dieser Aktion jungen Menschen helfen und ihnen den Weg in ein erfolgreiches Arbeitsleben ebnen.

DIE UNTERSTÜTZENDEN Unternehmen waren mit dem Engagement der Teilnehmer zufrieden. Einigen wurde sogar ein Ausbildungsplatz angeboten.



Beim Blick über die Schulter konnten die Jugendlichen abschätzen, was es bedeutet, Chef zu sein und ein Unternehmen zu leiten.

KOLUMNE

Baustelle Berlin



Liebe MIT-Streiter,

weder den Mitgliedern der MIT noch der interessierten politischen Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung ist verborgen geblieben, dass es in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterschiedliche Auffassungen bei der Bewertung des Koalitionsvertrags gab. Einig waren sich letztlich alle in der Auffassung, dass der Vertrag nur der Anfang eines Regierungsbündnisses zwischen CDU und SPD sein kann und keine Urkunde, nach der nun die nächsten Jahre zu verfahren ist.

Von diesem Geist getragen waren auch die fairen und sachlichen Diskussionen in der ersten (erweiterten) Bundesvorstandssitzung nach der Wahl Ende November in Berlin. Denn bei aller Kritik am Koalitionsvertrag dürfen wir eines nicht übersehen: Noch nie war die MIT personell so stark in der Führung von Bundesregierung, Bundestag und Unionsfraktion verankert wie zur Zeit.

Gleich drei Minister und sieben Staatssekretäre sind Mitglieder unserer Vereinigung. Der Generalsekretär der CDU und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag sind Mitglied der MIT, und über 30 weitere Abgeordnete, die dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM) angehören, haben Führungsaufgaben in Fraktion und Parlament. Dies kann in Deutschland kein Berufsverband, keine Standesorganisation und auch keine andere Vereinigung der Union aufweisen. Diese parlamentarische

Verankerung mit all' ihren Möglichkeiten und Chancen ist einmalig – das wollen wir bei allem Unmut über das zwischen Union und SPD Vereinbarte nicht übersehen.

Der MIT-Bundesvorstand hat am 28.11.2005 in Berlin nach längerer Aussprache bei zwei Enthaltungen die folgende Resolution beschlossen:

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU steht zur großen Koalition zwischen der CDU/CSU und der SPD unter der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, weil es dazu angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag keine vernünftige Alternative gibt.

In dem zwischen CDU/CSU und der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag sieht die MIT eine Arbeitsgrundlage für die zukünftige Regierungsarbeit der großen Koalition. Die MIT erkennt dabei an, dass in dem Vertrag viele mittelstandspolitische Forderungen enthalten sind, durch die der Mittelstand gefördert wird.

Die MIT befürchtet aber, dass die insgesamt vereinbarte Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht ausreicht, um die Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland zu überwinden. Der Koalitionsvertrag enthält insbesondere zwei grundlegende Webfehler:

Im Koalitionsvertrag werden die dringend notwendigen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerreformen nur in Ansätzen geregelt. Insbesondere fehlen eine tiefgreifende Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Abkopplung der Sozialversicherungsbeiträge vom Faktor Arbeit. Ohne solche Struktur-reformen wird es in Deutschland aber weder wirtschaftliches Wachstum noch mehr Arbeitsplätze geben.

Vorrangiges Ziel des Koalitionsvertrages ist es, die öffentlichen Staats- und Sozialkassen zu sanieren. Die MIT begrüßt diese Zielsetzung ausdrücklich, weil der Weg in den Schuldenstaat beendet werden muss. Es ist aber ein Fehler, dass die Sanierung der Bundes- und Länderhaushalte zum überwiegenden Teil durch Steuererhöhungen erfolgen soll. Problematisch ist insbesondere die Erhöhung der Mehrwertsteuer, weil davon zwei Drittel für die Haushaltssanierung und nur ein Drittel für die Senkung des Arbeitslosenbeitrages verwendet werden soll. Insgesamt führen die beschlossenen Maßnahmen zu einer weiteren Erhöhung der Abgaben- und Staatsquote, die die MIT nicht mittragen kann.

Die MIT ist der Auffassung, dass hierzu eine grundsätzliche Umsteuerung erfolgen muss, wenn die Koalitionsregierung Erfolg haben will. Der Koalitionsvertrag selbst bringt uns noch nicht aus der Krise. Deutschland kann mehr, als Union und SPD bisher vereinbart haben.

Deutschland braucht eine grundsätzliche Reform des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherungssysteme und des Steuerrechts. Auf diesen Gebieten wird sich die große Koalition beweisen müssen.

lehnen@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen